Proletarier! Unterstützt die revolutionäre Presse!

Man kann natürlich nichts anderes tun, als es dem gewunden Sinn der Proleten in der KPD. überlassen, sich über die Logik der Thesen ihrer Opposition ihre eigenen Gedanken zu machen. Wenn schon mit den demokratischen Illusionen gebrochen werden soll, so muß man natürlich auch nach der positiven Seite hin wissen, was man will. Wenn man so offen die eigene Partei des Verrats an der proletarischen Revolution bezichtigt, und die konterrevolutionären Privatunternehmungen der Oberbonzen, die in der „Arbeiterregierung" nur die Frucht des „revolutionären" Parlamentarismus sehen, brandmarkt und bekämpft, so muß man doch auch einmal über die größte und verderbenbringendste Illusion, über die „Eroberung der Gewerkschaften" reden und darüber zu einem Resultat gelangen. Es genügt eben nicht, in Thesen den radikalen Mann zu spielen, um im höchsten Fall eine neue „Führergarnitur" in die Zentrale zu schicken, die ebenfalls auf Rußland schwört und deswegen die von den verknöcherten Sozialdemokraten betriebene und von Rußland verlangte „Einheitsfrontitaktik" in einer andern Form fortführt und an der grundsätzlichen Linie deswegen nichts ändern kann, weil sie jeden Konflikt mit Rußland vermeiden will und wird. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Russen, um wieder neue Illusionen zu erwecken und in Anbetracht des jämmerlichen Fiaskos in Sachsen und Thüringen neue Walzen aufstecken, Hamburg war schon ein kleines Vorspiel. Den Russen und ihren Strohmännern in Deutschland kommt es gar nicht darauf an, einige kleine Oppositionsherde explodieren zu lassen, um zu gleicher Zeit die Gesamtorganisation durch die in ihr verankerten konterrevolutionären Disziplin hintanzuhalten, um die einzelnen Brandherde abzurieseln. Daraus wird man dann die Richtigkeit der alten Linie wieder begründen, und die Frage des Putschismus von neuem aufrollen, während eine parlamentarische Partei heute gar nicht anders tun kann, als bestenfalls zwischen Putsch und Parlamentarismus herumzutorkeln. Die Zeche bezahlen natürlich die Proletarier, und solange, bis sie erkennen, daß der revolutionäre Klassenkampf nur Sinn hat unter einem klaren revolutionären Programm. Wenn alle politischen und organisatorischen Maßnahmen in der Organisation selbst sowohl, als auch die Zielsetzung durch die Organisation während des Kampfes auf der Linie der Machtergreifung des Proletariats in wirtschaftlicher und politischer Beziehung liegen. Die klare Erkenntnis dieser Notwendigkeiten jedoch setzt schöpferische Gedanken und den Willen zu ihrer Verwirklichung voraus. Das ist die Organisation der Klasse in den Betrieben zum Zwecke der Eroberung der Produktion durch das in den Betrieben organisierte revolutionäre Proletariat, unter Führung de revolutionären Partei des Proletariats, die all die umfassen muß, die ihr Heil nicht mehr von einer neuen „Führergarnitur" erwarten, sondern nur von sich selbst, und die diesem Gedanken immer und überall vertreten und ihn nach Möglichkeit in die Tat umzusetzen haben. Und das ist der Teil, der wirklich „unter der Fahne der Revolution" marschiert. Die Thesen der Opposition der KPD. selbst beweisen, daß diese Partei trotz der Illegalität und der großen Aufmachung, unter der Fahne des Arbeiterverrats und der konterrevolution marschiert.

Die Thesen der Opposition sind laut Bericht der „Fahne der Revolution" mit 40 gegen 16 Stimmen abgelehnt worden. Der alte Kurs wird also beibehalten, und nach den vorliegenden Erfahrungen ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Opposition genau mit demselben Pathos wie zuvor die nach ihrem eigenen Eingeständnis konterrevolutionäre Taktik propagieren und verteidigen wird. Von wegen der „Disziplin". Noch mehr, sie werden jeden ehrlichen Proletarier, der das, was dort gebrandmarkt wird, ebenfalls brandmarkt, der versucht, das Proletariat aus den Illusionen herauszubringen, um den revolutionären Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, nach wie vor aufs erbitterste bekämpfen und vor keinem, auch nicht den erbärmlichsten Mitteln zurückschrecken. Es ist mehr als bezeichnend, daß gerade diese „Opposition" bisher die Parole der konterrevolutionären Zentrale aufs peinlichste ausführte und die Genossen der Linken der KPD. und AAU., wenn kein Mittel mehr vorhanden wollte, als Spitzel und Provokateure zu denunzieren suchte, um einen „Erfolg" ihrer, das heißt der Politik ihrer konterrevolutionären Zentrale buchen zu können. Und die revolutionären Proleten in der KPD. werden sich entscheiden müssen: Entweder mit oder gegen die Revolution! Ein drittes gibt es nicht mehr.

Daß es dies nicht mehr gibt, hat niemand besser begriffen, als die Herausgeber und Besitzer der „Fahne der Revolution" selbst. Sie erkennen nur zu gut, daß die den Thesen der Opposition innewohnende Tendenz Gift für ihre konterrevolutionäre Taktik ist. In einem über zwei Spalten langen Artikel werden die Thesen der „Linken" kurz und klein geschlagen, und der Opposition vorgeworfen, daß sie nur Praktionstuppen kochen will. Im übrigen ist es das übliche nichtssagende Geschwätz und ein Versuch, für den Zusammenbruch dieser Taktik und die dadurch zutage getretene beispiellose Feigheit eine theoretische Basis zu liefern. Aber in der Hitze des Gefechts sind die Oppotunisten doch sehr aus sich herausgegangen, und die Thesen der Mehrheit, die angenommen wurden, sind so deutlich ausgefallen, daß der Mehrheit der Mitglieder der KPD. (die eben das Patrioten besteht) das nationalistische Herz wie ein kleiner Dampfhammer klopfen muß. So heißt es zum Beispiel im Schlußsatz dieser Thesen:

„Die KPD. hat durch ihren Kampf gegen den Versailler Frieden, gegen die Ausführung des Ruhrgebiets gezeigt, daß sie die einzige nationale Partei Deutschlands ist. Sie hat die Pflicht, angesichts der Zerstückelung Deutschlands, seiner nationalen Ohnmacht unter dem nationalistischen Regime der Faszisten, seiner Auslieferung an die Entente, in die entscheidende Phase ihrer Arbeit zu treten, zu sagen, daß allein die Rückkehr zu unserer Sowjetstaat das Wahrzeichen der nationalen Befreiung ist. Sie hat zu die Rückkehr zu und Märkte, an die Schoße, an die nationalistischen, bewaffneten Organisationen herauszurufen und zu sagen, daß die zerstückelten Deutschlands, seiner nationalen Ohnmacht und nationalen Schmach sich wollen, oder ob sie mit uns zusammen kämpfen wollen für ein neues, freies Reich der Arbeit."

Damit dürfte wohl auch alles gesagt sein, was über den weiteren Inhalt der Thesen selbst noch zu sagen wäre. Wichtigemerkt: Die Partei mit diesem Programm schreibt über ihre Zeitung „Die Fahne der Revolution". Nach ihrem eigenen Eingeständnis sind die Hakenkreuzorganisationen nicht ganz so revolutionär wie die KPD., weil sie sich nationalistisch genug sind. Die KPD. übertrifft sie alle. Die Befreiung des Proletariats ist das Werk der KPD.-Zentrale gemeinsam mit Hitler und Ludendorff und Küppel-Kunze, die nach der Logik der KPD. ja alle unter der Fahne der Revolution marschieren.

Und die Proleten in der KPD.? Ihnen muß gesagt werden, wer vorgibt, aus „revolutionärer Disziplin" eine solche Partei unterstützen zu müssen, der will entweder sein Gewissen beschwichtigen oder er schämt sich zu sagen, daß er selbst ein erbärmlicher Kleinbürger ist. In jedem Fall richtet sich jeder, der diese Brutstätte der Konterrevolution nicht mit allen Mitteln bekämpft, durch seine eigenen Taten.

Die „herrliche Zeit" ist da!

Berlin, 29. November. (WTB.) Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit. Im unbesetzten Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1 250 000 betragen, gegenüber 943 000 am 1. November, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegenüber 1 703 000. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird unverändert auf mehr als 2 Millionen geschätzt."

Zu diesen 5 Millionen Unterschriften kommt noch die gleiche Zahl der Nichtunterstützten. Zusammen mit Familienangehörigen verdoppelt sich die Zahl nochmals. Die Mehrheit des deutschen Proletariats liegt also auf dem Pflaster.

Die Erwerbslosen sollen ihre Unterstützung „verdienen"

Um die Erwerbslosen planmäßig zur Drückung der Löhne und zur Abwärgung von Streiks usw. heranzuziehen, um die Erwerbslosenmassen ähnlich wie die Zuchthaus- und Gefängnisinsassen zur Schmutzkonkurrenz gegenüber ihren Klassengenossen zu zwingen, hat das Reichsarbeitsministerium Richtlinien herausgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

„Notstandsarbeiten sind Arbeiten, die mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gefördert werden. Besondere Förderung verdienen Notstandsarbeiten, die geeignet sind, die Menge einheimischer Nahrungsmittel, Rohstoffe und Betriebsstoffe zu vermehren, die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen und in geringem Maße sachlichen Aufwand verbrauchen. Arbeiten, denen ein volkswirtschaftlicher Wert nicht zukommt, sollen grundsätzlich nicht unterstützt werden. Als Träger der Notstandsarbeiten gelten nur Körperschaften des öffentlichen Rechts, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen und Privatunternehmungen, soweit ihre Tätigkeit nicht auf den Erwerb (!) gerichtet ist. Die Förderung einer Notstandsarbeit soll im allgemeinen nicht über die Dauer von 6 Monaten hinausgehen. Die Notstandsarbeiter dürfen nur den tariflichen Arbeitsnachweisen entnommen werden und müssen mindestens zwei Wochen vor Zulassung zur Notstandsarbeit Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, wobei diejenigen zu bevorzugen sind, die schon längere Zeit erwerbslos sind. Eine Beschäftigung des Notstandsarbeiters ist nicht als Arbeitsverhältnis, sondern als eine Form der Erwerbslosenfürsorge anzusehen. Seine Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung der Bei Arbeitsverweigerung kann die Unterstützung entzogen werden. Beträgt die Arbeitszeit wöchentlich mehr als 24 Stunden, so erhöht sich die wöchentliche Hauptunterstützung für je 2 weitere Stunden um 20 Prozent. Jedem Notstandsarbeiter muß eine bestimmte Mindestarbeitszeit vorgeschrieben werden. Für besonders schwierige und gute Arbeitsleistung sollen Prämien festgesetzt werden, die aber in ihrem Gesamtbetrage für je 8 Stunden 5 Prozent des wöchentlichen Hauptunterstützungssatzes nicht übersteigen dürfen. Falls nicht genügende Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslosen eines Bezirkes vorhanden ist, so soll nach Möglichkeit in mehreren kurzen Schichten gearbeitet werden, andernfalls sollen die Notstandsarbeiter im allgemeinen nach 26 Arbeitstagen ausgewechselt werden. Die Gemeindeaufsichtsbehörden haben das Recht, bei sogenannten kleinen Notstandsarbeiten den oben erwähnten Zuschlägen zu widersprechen, falls die Bestimmungen nicht innegehalten werden. Große Notstandsarbeiten dürfen nur gefördert werden, wenn sie mindestens 2000 Arbeitslosentage umfassen. Die Förderung soll im allgemeinen das Doppelte der gewöhnlichen Erwerbslosenunterstützung, nur in Ausnahmefällen das 2fache nicht übersteigen. Notstandsarbeiten, aus denen ein Ertrag zu erwarten ist, dürfen nur gefördert werden, wenn dem Reiche und dem Lande ein angemessener Anteil an dem Ertrage gesichert ist." — —

Diese Bestimmungen (die sich danoben noch mit der Beschaffung der Mittel befassen) traten mit dem 3. Dezember 1923 in Kraft, während gleichzeitig die Ausführungsbestimmungen vom 23. Dezember 1922 und vom 25. Oktober 1923 außer Kraft gesetzt werden. Bereits laufende Notstandsarbeiten sollen baldmöglichst, spätestens bis zum 29. Dezember 1923 nach den neuen Bestimmungen umgestaltet werden.

Wir haben schon früher, trotzdem dies eigentlich überflüssig ist, darauf hingewiesen, was das bedeutet. Die Bourgeoisie legt auf der einen Seite die Produktion lahm und wirft die Proletarier millionenweise auf die Straße, um sie durch „Notstandsmaßnahmen" zu zwingen, Schrittmacher für den weiteren Lohnabbau zu sein. Wer sein „Pensum" (genau wie im Zuchthaus) für die Bettelpfennige nicht zu Wege bringt, weil er durch den Hunger schon so weit herunter ist, daß er die Arbeiten, „die in hohem Maße menschliche Arbeitskraft beanspruchen" nicht mehr leisten kann, scheidet vom Bezug der Unterstützung aus. Ein raffiniertes Prämiensystem soll dazu dienen, die Erwerbslosen in eine wilde Konkurrenz hineinzujagen, durch die sie selbst über die Leichen ihrer von der Bourgeoisie schon völlig zermürbten Klassengenossen hinwegschreiten sollen. Die neue Entdeckung, daß es Privatunternehmungen gibt, deren Tätigkeit „nicht auf den Erwerb gerichtet" sein soll, ist geradezu bezeichnend für den Zynismus, der hier zutage tritt, und die wohl besagen soll, daß hier nicht der Profit in Frage kommt, sondern die Hilfe für die „notleidenden Volksgenossen", die auf die Straße gesetzt wurden, weil eben die Tätigkeit, die sie bis dahin ausübten für die Kapitalisten, auf den „Erwerb" von Profit gerichtet war, und dieser Erwerb jetzt viel besser durch die Stillegung der Produktion blüht. Daß die Gewerkschaften und Sozialdemokraten bei all diesen Gemeinheiten ihre Hand mit im Spiele haben, ist natürlich selbstverständlich. Und wenn die Bourgeoisie es noch eine Zeitlang fertig bekommt, die Erwerbslosen gegen die Arbeitenden auszuspielen, so haben nicht zuletzt die Proletarier in den Betrieben selbst schuld, die eben noch immer nicht begriffen haben, daß die Solidarität mit den Erwerbslosen nur einen Sinn hat, wenn die Parole, Sturz des Kapitals mit samt seinen Gewerkschaften zur Tat wird.

„Goldlöhne"

Bald wird auch diese Parole verwirklicht sein! Die „Goldmark" ist ja schon Tatsache; wenigstens die Rechnung nach Goldmark. „Komisch" — hört man allerorts bereits seufzen — „daß man mit so einer Goldmark oder der einer der Goldmark entsprechenden Papiergeldmenge bald nichtmehr kaufen kann, als mit einem Friedensgroschen, und dabei gibt es selbst für die, die noch das „Glück" haben, zu arbeiten, nur die Hälfte der falschen Goldmark wie in Friedenszeiten von den echten, trotzdem die Goldmarkpreise so rasend klettern. Es ist natürlich selbstverständlich, daß, da mit der völlig entwerteten Papiermark nichts, gar nichts mehr unternommen werden kann, neues „Geld" auftaucht. Die „Rentenmark" ist denn ja auch weiter nichts, als ein von den Agrariern und den Industriellen des unbesetzten Gebietes herausgegebener Schuldschein. Und diese Rentenbank pumpt der Regierung immer dann etwas, wenn sie ihr zu Willen ist und so viel, wie sie selbst glaubt verantworten zu können. Daß sie gegen das Proletariat nur ein neues Betrugsmanöver ist und dem Proletariat durch das „neue Geld" noch mehr als bisher die Luft abgedreht werden soll, dürften folgende Anweisungen zeigen, die die „Verdeutscher" (Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände) in ihrem Nachrichtenblatt Nr. 5 geben. Es heißt dort:

„Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren wie das Ausland und wie im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anlehnung an den Friedensnominallohn nicht möglich, da sich Wirtschafts-, Kalkulations- und Absatzverhältnisse in allen Industriegruppen entscheidend geändert haben. Schärfste Kalkulation des Lohnanteils. Festsetzung des Goldlohnes deswegen auf vollkommenen neuen Boden im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Rückzang der deutschen Produktion und der zur Verfügung kommenden Gütermengen drückt auf den Reallohn. Nur schnellste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohnes in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festsetzung des Goldlohntarifes Hand in Hand mit den Maßnahmen zur Produktionssteigerung und der Ausschaltung des produktiven eLerlaufs.

Goldlohntarif darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden wir die bisherige Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. Die Spanne zwischen den gelernten und ungelernten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Erfordernissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirtschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Angelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter, ohne deren Leistung) muß wieder ausgeglichen werden.

Ein sogenannter Goldwertungsfaktor kommt zur Zeit beim Uebergang zum Goldlohntarif nicht in Anrechnung.

Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung zugestanden werden.

Die Gewerkschaften verlangen Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindex in Gold. Das Statistische Reichsamt scheint geneigt zu sein, die Umrechnung in Gold schon für die nächste Woche vorzunehmen. Die Frage, mit welcher Laufdauer etwa die Goldlohntarife abzuschließen seien, ist noch ungeklärt und wird wahrscheinlich bis zum Uebergang zu reinen Goldpreisen in der Wirtschaft auch kaum zu übersehen. Es besteht aber auf jeden Fall die Gefahr, daß auch die Goldlohntarife sofort einer automatischen Anpassung an den Lebenshaltungsindex unterworfen werden sollen, das der Uebergang zum Goldlohn für uns Goldschmiede ohnehin mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu einer Hebung unseres Preisniveaus führen wird, müßte eine Unterwerfung der Goldtarife unter den Lebenshaltungsindex unbedingt zur Katastrophe führen. Auch im diesem Grunde ist also vollständige Vorsicht und Zurückhaltung geboten."

Weil schon sowieso alles teurer wird, können wir nicht auch noch „höhere" Löhne bezahlen; im Gegenteil: Die müssen immer niedriger werden, damit die Kapitalisten vor der Katastrophe bewahrt bleiben, und nur die Proleten verrecken. Denn nur darin liegt die Möglichkeit, wieder konkurrenzfähig zu werden. — Die deutschen Proletarier mögen also vereint beweisen, daß sie in bezug auf schulten und hungern einen neuen Notstandsarbeiter aufzustellen vermögen, von wegen der Zukunft und unter dem Geschrei der Gewerkschaften: „Her mit den Goldlöhnen". Ob auch dem deutschen Proletariat nicht bald das grausamen Spiels genug ist und es begreift, daß seine Zukunft nur in der proletarischen Revolution liegt?

Verantwortlich: Sengebusch, Köln.
Druck: W. Isadonat, Berlin. Verlag der KAPD.

Genossen! denkt an die politischen Gefangenen!

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Kinder, die in bitterster Not sind. Noch können wir nur mit Geld helfen. Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen. Helft uns Not und Elend lindern!

Sammelt!

Preis 0,15 Goldmark

Preis 0,15 Goldmark

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Jahrg. 3 | Dezember 1923 | Nr. 11

Ihr müßt Euch jetzt entscheiden!

Denn: denen Ihr bis jetzt die Entscheidung über Euch eingeräumt habt, die haben sich bereits entschieden. Sie haben sich entschieden dafür, daß der uneingeschränkte Terror Euch endgültig zur Raison bringen muß. Sie sind sich einig, daß es so nicht weiter geht. Nur darüber, wer an diesem großzügigen Aderlaß aktiv mitwirken soll, gehen die Meinungen noch auseinander. Die Sozialdemokratie stimmt selbstverständlich für das „Ermächtigungsgesetz", das der Regierung der deutschen Großbourgeoisie die Vollmacht gibt, mit Euch umzuspringen wie mit einer Herde Schlachtvieh. Sie gibt der Regierung die Vollmacht und „lehnt die Verantwortung" für die Taten, die sie selbst für notwendig hält, ab. Und damit ihre Ueberflüssigkeit nicht allzu sehr auffallen soll, verlangt sie trotzdem eine Vertretung in dem „Reichswirtschaftsrat", der die Kriegsmaßnahmen gegen das Proletariat überwachen soll. Damit „vermeidbare Härten" gegen das Proletariat ferngehalten werden sollen. Was an „unvermeidbaren Härten" noch übrig bleibt und zu den schon vorhandenen „unvermeidbaren Härten" noch hinzukommt, werdet Ihr bald zu spüren bekommen.

Wenn Ihr mit Euren Gewerkschaften und den rechten und linken Sozialdemokraten der Meinung seid, daß das unvermeidbare Verrecken eines großen Teils von Euch und Euren Kindern im Interesse der Sozialdemokraten und Gewerkschaften notwendig ist — nun, dann ist es gut! Wenn nicht, dann müßt Ihr Euch einmal aufraffen, und darüber nachdenken, was Ihr wollt, was getan werden muß.

Denn wißt: Verlängerung der Arbeitszeit, Belagerungszustand in Permanenz, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, Sondergerichte für alle, die der Hunger zu Plünderungen zwingt, Schutzhaft oder „auf der Flucht erschießen" für jedem, der es wagt, den Mund aufzumachen durch die Demokratie mit Hilfe der Gewerkschaften und deren Geschäftsführer — das ist das „kleinere Uebel.

Und dasselbe ohne Gewerkschaften und Sozialdemokraten — das ist das „große Uebel".

Zwischen diesen zwei Uebeln hat die Sozialdemokratie gewählt, das heißt: Sie hat sich entschlossen, nicht freiwillig Selbstmord zu begehen. Das überläßt sie Euch und hofft, daß Ihr damit einverstanden seid, damit die Gewerkschaften und Sozialdemokraten Amsterdamer und Moskauer Kalibers weiter „Politik" machen können. Das mag manchen von Euch unbegreiflich erscheinen. Aber das sind eben politische Kinder ohne Kopf. Denn: Ihr müßt ins Gras beißen, Ihr müßt den Kopf hinhalten, nicht Eure Herren Führer. Die leben, wie die Dinge auch kommen mögen, herrlich und in Freuden.

Vorderhand streiten sich noch die Geister, ob der Reichstag, der eben im Begriff ist, sich zur Ruhe zu setzen, aufgelöst werden soll oder nicht. Die „Mittelparteien", dazu gehört auch die Partei des Herrn Stinnes — die auch für das „kleinere Uebel" ist — trommeln ihre letzten Mannen zusammen. Wenn es ihnen nicht gelingt, das „kleinere Uebel" durchzubringen mit der entsprechenden Stimmenmehrheit, soll der Reichstag aufgelöst werden. Das tut aber weiter nichts zur Sache. Es wird trotzdem weiterregiert wie bisher: die Eisenbartkur wird trotzdem unverzüglich durchgeführt. Der Belagerungszustand bleibt. Nur: Ihr sollt auf keine dummen Gedanken kommen und deshalb wird Euch ein bißchen politischer Arbeitsdienst zugewiesen. Ihr dürft, während Ihr Prügel bekommt, daß Euch der Teufel holt, Euch in Wahlversammlungen gegenseitig die Köpfe einschlagen. Damit Ihr etwas zu tun habt. Und — so hofft man — bis Ihr durch Eure Wählerei wieder einen Stall voll Diätenempfänger zusammengewählt habt mit den zwei Fronten vom großen und kleinen Uebel, hofft man mit Euch — vorderhand — schon fertig zu sein. Dann seid Ihr wieder so schlau wie zuvor.

Stellt Euch einmal eine Katze vor, die, wenn sie vom Hunger geplagt wird, sich immer ein Stück vom Schwanz abbeißt, sich von hinten anfängt selbst auffressen: Das ungefähr muten Euch Eure bewährten Führer zu.

Das ist die letzte Weisheit gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik.

Proletarier: Ihr müßt endlich begreifen, daß Euch dieses Theater gar nichts angeht.

Daß es Euch Wurscht sein kann, ob die Bergwerke im Ruhrgebiet den deutschen Stinnes oder den französischen gehören.

Daß Ihr, wenn Ihr wählt, zwischen dem großen und kleinen Uebel, zwischen Demokratie und Diktatur, Ihr im besten Falle wählt, wie man Euch das Genick umdrehen soll; in Wirklichkeit noch nicht einmal das, denn: die Demokratie und die Monarchie gleichen sich heute wie zwei Tropfen Wasser.

Was Euch angeht, ist Euer ureigenstes Schicksal, Eure Interessen, Eure Zukunft, Eure Klasse. Die anderen, die parlamentarischen Schwätzer, die gewerkschaftlichen Bankrotteure, die ganze Klasse der Bourgeoisie sind Eure geschworenen Feinde. Eure Klassenfeinde, gegen die es nur eins geben kann: Kampf; rücksichtslosen Kampf, unerbittlichen Klassenkampf!

Ihr seid nur machtlos, weil Ihr nicht den Mut habt, aus Eurer Lage die Konsequenzen zu ziehen. Ihr sträubt Euch bis zu Ende zu denken. Ihr glaubt immer noch, daß es noch einen anderen Ausweg gäbe, als die endgültige Auseinandersetzung, den letzten entscheidenden Krieg, die letzte Schlacht zu wagen.

Und den gibt es nicht, nur im Kampfe liegt die Möglichkeit der Rettung vor dem endgültigen Versinken.

In der Tat, der revolutionären Tat, selbstvollbrachten Tat, in der Klassentat, geboren aus der Klassensolidarität, von unten auf!

In den Betrieben liegt Eure Kraft, Eure Stärke. Dort müßt Ihr Euch zusammenschließen zum Kampf. Dort müßt Ihr Euch die revolutionären Aktionsausschüsse, die Vorläufer der Räte schaffen. Von dort müßt Ihr Euch mit den Erwerbslosen in Verbindung setzen, Euch mit ihnen vereinigen.

Und nur ein Gedanke, eine Parole, nur ein Wille: Schluß mit der kapitalistischen Gesellschaft! Die Betriebe, die Verkehrsmittel, die Bergwerke, das Land: alles gehört Euch, nicht Privatpersonen, die Euch nach Belieben hinauswerfen können und Euch verhungern und wenn Ihr Euch muckst über den Haufen schießen lassen.

Nur das bringt Rettung. Nur so kann Klassensolidarität erstehen: nicht, wenn dieser für seinen Fritz Ebert, jener für ein Pfund Margarine und der andere für den „Achtstundentag" kämpft. Und nur dann wird internationale Hilfe kommen, wenn Ihr selbst etwas unternehmt, wenn Ihr selbst beginnt. Wenn Ihr Euch endlich entscheidet.

Alles ist gegen Euch, muß gegen Euch sein — weil Ihr selbst gegen Eure ureigensten Klasseninteressen seid, bis jetzt gewesen seid.

Jetzt, wo die Diktatur alleine auf der Tagesordnung steht, wo die Demokratie mit dem Säbel herumrennt, wo alles klar ist, alle Hüllen fallen, mußt Ihr unbarmherzig handeln und alles niedertreten!

Sonst seid Ihr verloren!

Der Preisabbau

„Es handelt sich nicht mehr um Monate oder Wochen, sondern nur noch um Tage, in denen sich zeigen muß, ob es uns gelingt, uns vor dem drohenden völligen Verfall noch im letzten Augenblick zu retten." So sprach der neue Reichskanzler, und er erklärte außerdem, daß seine Politik die der vergangenen Regierung wäre. — Und auf den Wochenmärkten kommen die Frauen gar nicht aus dem Staunen heraus, ob der unerwarteten Tatsache, daß die Preise für Fleisch usw. tatsächlich heruntergegangen sind. Wenn die Proleten auch trotzdem keines kaufen können: in der Phantasie, ganz nebelhaft steigt vor ihnen das Bild auf, daß die furchtbare Lage sich langsam, aber stetig bessern könnte. Angesichts solcher Möglichkeiten würde man natürlich gerne noch ein bißchen weiter hungern, wenn es bloß „mal" anders werden würde. Und — es scheint ja so!

Wenn dem so wäre, so wäre natürlich der Pessimismus des Reichskanzlers der Orgesch-Republik unbegründet. Welche Meinung ist aber nun richtig: Die der Regierung, die selbst erklärt, daß sie zur Durchführung ihrer notwendigen Maßnahmen den Belagerungszustand haben muß oder die der hocherfreuten Proleten, die sich auf das Fleisch freuen, das sie „mal" zu bekommen glauben zu erschwinglichen Preisen?

Es dürfte klar sein, daß, wer ein Pferd vor einen Wagen spannt, dessen Ladung zu der physischen Kraft des ausgekorenen Zugtieres in einem Mißverhältnis steht, der fängt, trotzdem er der Möglichkeit der Bewältigung dieser Last durch seinen klapprigen Schinder recht skeptisch gegenübersteht, nicht von vornherein an zu prügeln. Denn damit würde er seinen Gaul gleich von vornherein störrisch machen. Er wird ihm erst ein Stück Zucker oder ein Stück Brot geben. Nachdem erst kommt die Peitsche, als letztes Mittel. — Und so versucht es die von den Junkern und der Schwerindustrie vorerst mit dem — in der Ferne hingehaltenen — Zuckerbrot. Und dann wird man weiterscheh.

Der Zweck der Regierungskrise war: politische Kopzessionen durchzudrücken, in der Hauptsache in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit. Die Verschlappung der Regierungsbildung ließ den Sozialdemokraten bereits den Angstschweiß auf die Stirn treten. Das wußte das deutsche Kapital. Als die Geschichte schon lange genug gedauert hatte und den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spießer die Unterhosen schon naß genug waren, stellte man sie vor die Alternative: „Wollt ihr oder wollt ihr nicht!" Was dann? Ermächtigungsgesetz, Verlängerung der Arbeitszeit und die formelle Zustimmung, zuerst im Ruhrgebiet. Dadurch weitere Stillegung anderer Betriebe und somit weitere ungeheure Vermehrung der Arbeitslosenheeres. Abbau der Erwerbslosenunterstützung und Legalisierung der uneingeschränkten Diktatur, vermittelst derer all diese Dinge realisiert werden sollten usw.

Die Sozialdemokraten stotterten verstört zu allem ihr Ja und Amen und baten nur noch darum, ihnen ein paar Phrasen nach außen, dem Proletariat gegenüber, nicht allzu übel zu nehmen. Es ginge eben nicht anders. Im Prinzip wären sie einverstanden. — (Und wofür sind die Sozialdemokraten etwa nicht zu haben?) Nun fehlte nur noch das nötige „Vertrauen" zur Regierung. Das glaubte man dadurch herstellen zu können, daß man die Preise, die vordem durch die systematische Sabotage der Junker, die gegen Papiermark nicht mehr liefern wollten, ins maßlose hinaufgetrieben hatte, auf ihr ursprüngliches Niveau zurückführte. Der Preis der Regierung sperrte man bereits die Lebensmittelzufuhr überhaupt, und drohte an, das Volk bei vollen Scheunen verhungern zu lassen. So wurden die Preise der Lebensmittel, die zur Verfügung standen, noch außerdem in die Höhe getrieben. Die Risikozuschläge von seiten des Handels waren ganz willkürlich. Nachdem man seine Pläne erreicht oder zum ausschlaggebendsten Teil erreicht, verschaffte man seiner eigenen Regierung einen „Erfolg". Man sind doch „bewiesen", daß eine „rechtsstehende" Regierung die Regierenden besser versteht, als eine sozialdemokratisch versuchte.

Weiter: Während des „Preisabbaues" nimmt die Massenarbeitslosigkeit immer größere Dimensionen an. Hunderttausende werden täglich noch der Kaufkraft beraubt, die sie noch inne hatten, als sie im Betrieb standen. Die Erwerbslosenunterstützung selbst wird immer mehr gekürzt; und die Erwerbslosen können für diese ihnen verweigerten Summen natürlich auch die für diese Summen zu erhaltenden Mengen nicht mehr kaufen. Auf diese Weise vermindert man die Zahl der Konsumenten ganz gewaltig. Und da sich der Preis der Ware nach der Nachfrage richtet, so ergibt sich bei dem so erzielten völligen Zusammenbruch der Kaufkraft eben eine verminderte Nachfrage. Die Preise „sinken", weil eine ganze Portion mehr verrecken wie früher! Das ist ein weiterer Grund.

Ferner finden jetzt die entscheidenden Lohnfestsetzungen in „Goldmark" statt. Die gelten bekanntlich nicht nur für Wochen oder Monate, sondern für immer. Die Berliner Metallarbeiter zerbrechen sich z. B. schon wochenlang den Kopf darüber, ob sie diese „Goldlöhne" von 30—50 Pfennigen annehmen oder ablehnen sollen. Es erscheint dies im Anfang einfach unmöglich. Aber bei dem ungeheuren „Protesturz"! Und — wie man verspricht: wenn dies weiter so geht! — ist es schon besser „wat als gar nischt". Die Gewerkschaften brüllen außerdem fortwährend: „Herunter mit den Preisen!" und erzielen so auf diese Weise einen „Erfolg". So werden gemessen an diesem Preisniveau die Hungerlöhne durch Festsetzung der „Goldlöhne" noch einmal und endgültig herabgesetzt. Und das ist wohl der hauptsächlichste Grund dafür, das Preisniveau für Lebensmittel momentan auf einer vorübergehend absteigenden — wenn auch ganz unbedeutend — Kurve zu bringen.

Nachdem man so mit Gebrüll alles erreicht hat, was man vorderhand erreichen will, wird man dazu übergehen, den „Staatshaushalt im Gleichgewicht zu bringen". Das deutsche Kapital hat ja eben erst wieder einen Vertrag mit Frankreich abgeschlossen, und die Ausführung dieses Vertrages, der „kaum tragbar" ist, kostet viel, viel Geld. Und nichts ist da! Ueber das „Wertbeständige" lacht schon jeder, und die Havensteinrubel werden schon wieder als das „kleinere Uebel" betrachtet. Die Junker sehen den einzigen Ausweg natürlich in der Drosselung der Einfuhr und der damit verbundenen Einräumung des Monopols über alle Lebensmittelerzeugnisse und Vorräte. Wenn dann weiter „gespart" werden muß: „Vielen scheint es noch nicht ganz klar zu sein, daß wir uns unter einer inneren Finanzkontrolle der Rentenbank befinden", sagte schon Herr Stresemann. Und die Junker, die Beherrscher der Rentenbank werden es an positiven Vorschlägen schon nicht fehlen lassen. Sie werden immer wieder aussprechen, daß das Sinken der Rentenmark nur verhütet werden kann, wenn mehr gespart, mehr gearbeitet, mehr gehungert wird. Wenn die letzten Reste von der sogenannten „sozialen Fürsorge" (Arbeitslosenunterstützung usw.) vollends fallen, und so für die großen Massen der Erwerbslosen eine Lage geschaffen wird, wo sie zum Lohndrücker gezogen die noch Arbeitenden werden oder einfach untergehen sollen. „Entweder es wird gearbeitet oder es wird gestorben. Augenblicklich wird gestorben," ließ schon am 18. November Stinnes in seine „DAZ." hineinschreiben.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der „Preisabbau" ist nicht ein Zeichen der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, sondern gerade das Gegenteil. Die Entwertung der Mark bis zur völligen Wertlosigkeit bewirkte bereits eine starke Störung des Umlaufes der Waren, die noch für den Binnenmarkt zur Verfügung stehen und in Deutschland selbst produziert werden. Hauptsächlich Lebensmittel. Mit der Herausgabe der „Rentenmark" setzte wieder — momentan — eine normale Belieferung ein, und der Konsum war durch die furchtbare Wirtschaftskrise bereits so geschwächt, daß es selbst diese Zufuhr nicht mehr aufzunehmen vermochte. Hinzu kommt noch, daß bei der vorhandenen Illusion, daß diese „wertbeständigen" Zahlungsmittel das seien, was eben darauf steht, der Zwang, jede erhaltene Note sofort in Ware umzusetzen, momentan nicht mehr bestand, und die noch nicht völlig auf eine Tagesration oder noch weniger gesetzten Lohn- und Gehaltsempfänger sich es leisten konnten, einige Scheine in ihrer Brieftasche stecken zu lassen, wodurch die Jagd auf Waren ebenfalls etwas eingedämmt wurde. Außenpolitisch gab die deutsche Republik durch den Abschluß des deutsch-französischen Vertrages nach langer Zeit wieder ein Zeichen von sich, und es ist gleichgültig, ob man dies als ein Lebens- oder ein Sterbenszeichen ansieht. Die Tatsache, daß das deutsche Kapital die nur denkbarsten Zumutungen an das Proletariat stellen konnte — man denke nur daran, daß im Reichsgebiet mit den Proleten schlimmer umgegangen wird, als es die barbarischsten Kriegsknechte mit ihren überwältigten Gegnern zu tun pflegten; in Deutschland werden Millionen Arbeiter systematisch ausgerottet — vermochte sich das deutsche Kapital noch einmal eine kurze Belebung seines Kredits zu sichern, denn es lebt hier noch eine Kraft: das beherrschende Industrie- und Agrarkapital, das seine Totengräberarbeit gegenüber dem Proletariat mit Erfolg zu bewältigen vermag und auf die aktive Mithilfe der Gewerkschaften und deren parlamentarischen Fraktionen unbedingt rechnen kann.

Dazu kommen dann — zu den objektiven Momenten — solche subjektiver Natur. Das deutsche Industriekapital opperiert noch innerhalb der deutschen Wirtschafts- und Staatseinheit, wenn es auch den Staat völlig seinen Zwecken dienstbar macht. Das Währungsdurcheinander in Deutschland selbst jedoch bietet für die Operationen keine geeignete Grundlage. Die Rentenmark ohne internationale Deckung ist als internationales Zahlungsmittel völlig ungeeignet. Und daher konzentriert sich die Kraft des Industriekapitals in finanzpolitischer Beziehung auf eine momentane Stabilisierung der Papiermark. Diese momentane Stabilisierung bewirkt natürlich wiederum eine gewisse Zurückhaltung des kaufenden Publikums. Der „Käuferstreik" setzt ein und wirkt natürlich in dieser Kurve wiederum preisdrückend.

Aber wielange? Kleinbürger mögen glauben, daß die Entwicklung zurückgeschraubt werden könnte, und dies der Anfang zu einer Rückwärtsentwicklung sei. Sie werden enttäuscht werden, wie immer. Das Hauptmoment dieser Erscheinung, das Hineinwerfen der Rentenmark wird bald aufgehört haben, ein wirkendes Moment in dieser Richtung zu sein. Das Vertrauen zu ihr ist schon völlig in die Binsen gegangen, und die Inflation hat bereits einen Grad erreicht, daß ihre schon in die Ecke geschobene Schwester schon recht höhnisch auf sie herabblickt. Damit fällt auch die neue Finanzoperation völlig in sich zusammen, wie dies vorauszusehen war. Daß die Kapitalisten dies genau wissen, beweist schon die Tatsache, daß die Grundstoffe der Wirtschaft, Kohle, Eisen usw., überhaupt alle Erzeugnisse außerhalb der landwirtschaftlichen Produkte nicht gefallen, sondern zumindest stabil geblieben sind und bleiben, um bei dem ersten Krach weiter nach oben zu klettern und alles nach sich zu ziehen. Und dieser Krach wird kommen deswegen, weil die deutsche Republik sich in einer Zerreißmaschine befindet: Das ist das internationale Kapital. Das deutsche Kapital kann bei dem Abschluß des Vertrages mit Frankreich nicht stehen bleiben, sondern muß zu seiner Realisierung übergehen. Was das bedeutet, haben wir in unserem vorigen Heft des „Proletarier" bereits klargelegt. Das deutsche Kapital ist sich dessen auch wohl bewußt, daß es zwischen zwei Wirtschaften nicht stehen bleiben kann und hat in seiner rheinisch Goldnotenbank bereits die Druckpumpe geschaffen, vermittelst dieser es seine für die Lieferungen der deutschen Republik fälligen Summen herauszupressen gedenkt. Die „schwarze Börse" in Köln erscheint schon heute als Schreckgespenst am Horizont und trübt den Schlaf der parlamentarischen Spießer. Mit welchen „wertbeständen" Zahlungsmitteln die demokratische Republik ihren ferneren Verpflichtungen nachzukommen gedenkt, mag ihr Geheimnis bleiben. Auf alle Fälle werden die Rentenmark und die in dem jeweiligen Verhältnis zu ihr stehenden Papiermark — oder auch in einem anderen beliebigen — für das Proletariat als „wertbeständig" erklärt werden. Der durch die oben analysierten Verhältnisse erreichte Lohnabzug wird in Wirklichkeit das einzig stabile bleiben und es wird sich mit der zwangsläufigen Erhöhung der Grundpreise nicht nur stabilisieren, sondern immer mehr nach unten stabilisiert werden. Das eben durch die Zustimmung der Sozialdemokraten verabschiedete Ermächtigungsgesetz, der „stabilisierende" Belagerungszustand usw. ist doch nicht etwa — oder etwa doch? — für die Spatzen ausgeknobelt. Es ist der Knüppel, der bei dem Hund liegt. Es ist das Geschirr, das dem Proletariat übergeworfen wird, während es vor lauter „Preisabbau" gar nicht weiß, wie ihm geschieht.

Wir leben eben nicht mehr in den Zeiten, wo man Wasser in Wein und demnach auch die zusammenkrachende kapitalistische Wirtschaft in eine gesunde verwandeln kann. Es werden noch öfter und in verschiedenen Formen die roten Flecken sichtbar werden, die dem Unkundigen als Zeichen der Genesung, der Gesundung erscheinen: die dem Kundigen jedoch nur bestätigen, daß der sie hervorbringende Körper hoffnungslos schwindsüchtig ist. Und weil die passive Warten auf den Tod des das Proletariat beherrschenden Kapitalismus gleichbedeutend wäre mit dem Schicksal des Retters, der von dem Ertrinkenden selbst in die Tiefe gezogen wird, deshalb ist und muß die Parole des Proletariats bleiben und zur Tat werden: Sturz des kapitalistischen Systems! Kommunismus! Weltrevolution!

Politische Rundschau

Nach Havenstein — Helferich!

Dem früheren Reichsbankpräsidenten Havenstein hat die Sozialdemokratie bekanntlich mehr als eine Blamage zu verdanken. Er blieb trotz verschiedener Ultimaten der Sozialdemokratie in seinem Amt, und die SPD. flog aus der Regierung. Wohl rächte sich die Sozialdemokratie ganz furchtbar dadurch, daß sie, als er schon halb eine Leiche war, mit einem großen Sündenregister aufmarschierte. Aber man konnte nun den Tod des alten Knackers nun einmal nicht als einen Erfolg buchen. Man tröstete sich damit, daß man die Möglichkeit gegeben wäre, den „Mann der alten Schule" durch einen der „neuen Schule" zu ersetzen. Aber was passierte? Der „Vorwärts" stöhnt:

„Zwei Männer gibt es, die in erster Linie für die Zerrüttung der deutschen Finanzen verantwortlich sind: der eine hieß Havenstein, der andere heißt Helfferich.

Für diesen Mann wird jetzt Stimmung gemacht, um ihn zum Herrn der autonomen Reichsbank zu machen und ihn damit ausschlaggebenden Einfluß auf die Reichsfinanzen, ja auf die gesamte deutsche Wirtschaft zu verschaffen. Das Reichsbankdirektorium will ihn zu seinem Präsidenten vorschlagen, und es ist kein Zweifel, daß Großindustrie, Großagrarertum und ein Teil der Großbanken den gewandten Verfechter ihrer Klasseninteressen gar zu gern auf solchem Posten sehen würden. Sie haben sich bereits den ausschlaggebenden Einfluß auf die Rentenbank gesichert, der die schwache Regierung Stresemann noch dazu praktisch weit größeren Einfluß gestattete, als es Sinn und Wortlaut des Gesetzes entspricht. Herr Helfferich als Herr der Reichsbank! Das würde allerdings bedeuten, daß Großkapital und Großagrarertum, daß aber auch die Deutschnationale Partei eine wirtschaftliche Macht ihre hätte, größer und gefährlicher, als sie sie vor dem Kriege besessen haben."

Nach der Logik der Sozialdemokratie haben also die Agrarier und die Großbanken in Deutschland in dem Moment keine Macht mehr, wo irgendeine Strohpuppe, wie Hilferding, Reichsbankpräsident ist. Die Lehre als Finanzminister ist außerdem schon wieder vergessen. Die Annahme, daß sich an den Machtverhältnissen etwas ändern könnte, wenn ein alter Mann stirbt, entspricht ganz dem in der Sozialdemokratie verkörperten kleinbürgerlichen Stumpfsinn, der eben erst überwunden werden muß, soll das proletarische Klassenbewußtsein nicht leben läßt, daß es, wenn es nicht elendiglich in diesem und durch diesen sozialdemokratischen Stumpfsinn verrecken will, unmöglich warten kann, bis seine Ausbeuter ausgestorben sind.

Aus dem bayerischen Saustall

Die „Ordnungszelle" Bayern übertrifft bekanntlich durch ihr ureigenstes „deutsches Wesen" die übrigen Bundesstaaten in einer Leistung, die die besonders Pflege dieser deutschen Eigenart immerhin zur Voraussetzung hat. Dieses deutsche Wesen ist ja bekanntlich in den bayerischen Hakenkreuzbanden verkörpert, und nachdem man diese Horden nun wieder in ihre Schranken gewiesen hat, beginnen sie zu „entbilden". Allerhand nette Sachen! In einem Flugblatt, das die „Nationalsozialisten" herausgegeben haben, und das der „Vorwärts" teilweise veröffentlicht, wird z. B. ausgeplaudert:

„Die Ausrufung der Monarchie im Einverständnis mit Poincaré. Kahr hat mit Kardinal Faulhaber verhandelt im Einverständnis mit Poincaré. Kahr soll für seine Mithilfe in den Grafenstand erhoben werden. Kronprinz Rupprecht habe die Möbellieferungen für sein Haus einer christlichen Firma entzogen und sie dem Juden Lindemann übertragen. Rupprecht wolle sich ein Palais sein Palais dem jüdischen Bankhaus Rheinstrom und habe ihm die Verwaltung seines Vermögens übertragen. Prinzessin Gisela und Kardinal Faulhaber verwenden sich für die ausgewiesenen Ostjuden. General Lossow hat beim Juden Auffhäuser ein Bankkonto errichtet. Der „Bauerndoktor" Heim steht in inniger Verbindung mit dem reichsten Juden Bayerns Rosenblatt." . . „Vor etwa 14 Tagen," so heißt es in dem Flugblatt weiter, „erhielt das Berliner Auswärtige Amt eine vertrauliche Note von einer Persönlichkeit der Münchener preußischen Gesandtschaft. Aus derselben war zu ersehen, daß der Plan der Lostrennung Bayerns vom Reich mit einem Schlage verwirklicht werden sollte." In der Note werde das Zusammenwirken der Bayerischen Volkspartei mit den Franzosen beleuchtet und sogar die einzelnen Stellen bezeichnet, denen in Bayern Gelder aus Frankreich zugeflossen waren. Graf Soden, der „Ohrenbläser des Kronprinzen Rupprecht", sei unlängst in Paris gewesen. Aus zuverlässiger Quelle könne man weiter folgendes mitteilen:

Kardinal Faulhaber hat im Auftrage Kahrs mit Poincaré wegen Schaffung eines süddeutschen Staates verhandelt. Der Plan, Bayern, Württemberg und Baden mit Einschluß von Oesterreich zu einem von Preußen unabhängigen Staate, unter dem Protektorat Frankreichs zu machen, hat die Billigung Poincarés gefunden.

Die Aufrufung dieses Staates soll bei erster passender Gelegenheit und baldigst erfolgen. Bundeskanzler Seipel, der sich in diesen Tagen sehr oft „zufälligerweise" an der bayerischen Grenze aufhält, ist mit Kahr und die saitsam und unrühmlichst bekannte Kaiserin Zita will bei dieser Sache ebenfalls im Trüben fischen. Der Bund Bayern und Reich ist als Sloßtrupp der Hochverratsbewegung unversehen. Herrn von Kahr ist für seine Mithilfe bei der Errichtung des Reiches die Erhebung in den Grafenstand zugesagt worden. Die Zita sei bereits in München eingetroffen. „Bayern und Reich" habe den Befehl, in diesen Tagen nach München einzumarschieren. Der „true" Heß predige: „Nur die Monarchie kann uns retten." Graf da Moulin-Eckard sage: „Es wird sich in den nächsten Tagen vielleicht etwas Großes ereignen."

Ganz die Sprache einer korrumpierten Kaste, die nicht zu begreifen vermag, daß ihre Zeit endgültig vorbei ist, und ihre einzige Rolle noch darin besteht, auf Kommando der Demokratie und der Schwerindustrie und für deren Interessen zu schießen und zu morden. Jeder Versuch längst überwundener Zustände wieder zu realisieren, muß sich selbst zum Narren halten. Die Herren aufzuwerfen wird und muß scheitern, da das Kapital eben auf das deutsche Wesen pfeift. Und nach dem Fiasko bleibt keine andere Rache, als den Deckel des anderen zu lüften, um mit dem Weihrauch des dieser Korruptionskiste entströmenden „deutschen Wesens" die Welt zu vergeffen. Eine geistig derart degenerierte Kaste eignet sich wohl zum Schinder des Proletariats, das ist aber auch alles, wessen die Nationalismus noch fähig ist. Etwas „Größeres" ist in diesen Kreisen natürlich nicht mehr denkbar.

Es geht ein Gespenst durch Europa

Dieses Gespenst — der Kommunismus — ritt wohl auch durch die Ordnungszorne der Seeckt-Ebert-Republik, als sie sich in eine von der KAPD. und AAU. einberufene öffentliche Versammlung stürzten, die am Dienstag, den 14. November in Berlin, Prachtsäle des Ostens, stattfand. Eine andere Arbeiterversammlung, die am selben Tage in der Nähe stattfand, viel vordem schon der Auflösung anheim, mit dem Erfolg, daß sämtliche Teilnehmer sich in die oben erwähnte Versammlung begaben und so ungeheure Menschenmassen zusammenkamen. Der Referent wurde mitten in seinen Ausführungen durch die grüne Polizei unterbrochen und die Versammlung für aufgelöst erklärt. Warum? Man fragte nach den formalen Gründen. Antwort: Formale Gründe haben damit gar nichts zu tun, und übrigens ist die KAPD. verboten. Die Genossen jedoch erklärten, daß die Kapd. davon noch gar nichts wisse, ihnen dies noch etwas ganz neues wäre, und verlangten, daß die widgewordenen Ordnungsbestien doch wenigstens wissen müßten, was sie zu verbieten und aufzulösen hätten. Man ging ans Telefon, um mit dem Oberverbieter und Erlauber Hennig Rücksprache zu nehmen, und da war niemand zu Hause. Da fing die Versammlung an die „Internationale" zu singen, bis — das Singen dieser Arbeitslieder unter Verbot gestellt wurde. Um den Grünen zu zeigen, daß man nicht singen wolle um ihr Untertanengehirn allzu großen Belastungsproben zu unterwerfen, hielt ein Witzbold auf den Gedanken „Heil dir im Siegerkranz" zu singen. Auch das konnten die Untertanengehirne nicht aushalten, sie fühlten sich verhöhnt. Sie verboten das Singen überhaupt, lösten die Versammlung einfach auf, und verhafteten einfach jeden der es wagte, sie auf das Stumpfsinnige ihres Tuns aufmerksam zu machen. Der Referent brach gerade da ab, wo er die Demokratie kritisch unter die Lupe nehmen wollte. Dies Gebahren der oberlinkischen Soldateska störtete die jedoch nachträglich so deutlich, daß sich jedes Wort darüber so wie so erübrigte. Ein paar vollgefressene Bauernlungeen mit ihrem geladenen Schießprügel, und mit der Vollmacht jeden niederzuschlagen jeden zu verhaften und der Garantie, daß bei dem ersten „Konflikte" sofort die nötige Verstärkung durch die „Ueberfallkommandos" zur Stelle ist — ist doch eine solch einfache und praktische, leicht faßliche demokratische Idee, daß jede andere von vornherein ausscheidet, überhaupt „Gewaltideen", wie sie von „ganz links" (nicht von den Schußprügelhelden und ihren Hintermännern!) vertreten werden. — Wenn die Proletarier aus diesem praktischen Anschauungsunterricht lernen — und dies ist nur ein kleines Beispiel — begriffen haben, daß an Hohlheit und brutaler Verhöhnung nichts in der Welt die demokratische Republik übertreffen kann, dann — arme Demokratie: wird dich das Gespenst lebendig fressen und in den Abfußkanal der Geschichte scheißen.

Aerztestreik

Die vielgepriesene soziale Gesetzgebung und Fürsorge kracht in allen Fugen; Krankenhäuser, Erholungsheime werden geschlossen, die Krankenkassen sind trotz 10proz. Beiträge vom Lohn nicht mehr zahlungsfähig, der ganze zur kapitalistischen Produktion gehörende soziale Bandwurm stirbt ab. Teilweise wird er überflüssig, denn der menschlichen Produktionskräfte sind zu viele, um an der Produktion noch teilzunehmen, und die Oberscharlmacher der Aerzte haben schon recht: man behandelt nur noch die, die bezahlen können, und hilft nur noch sein Teil dazu beitragen, daß die Konkursflüssigen Presser besetzt werden. Mit dem politischen Zerfall des Reiches Bismarcks, zerfällt auch der gesamte soziale Plunder. Eins jedoch interessiert an diesem Streik, jetzt, wo fast jeder Streik verboten und jeder Betrieb als „lebensnotwendig" erklärt wird. Bei Streiks in den Wasserwerken usw. hielt man dem Proletariat vor, daß in den Krankenhäusern eine alte Großmutter sterben könnte und daß Menschenleben doch so unendlich kostbar seien. Hier haben wir einen Streik der Bourgeoisie, das von Menschenliebe triefenden Aufruf, dessen Leitmotiv es ist: sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt, haben wir durchschaut. Der Streik selbstverständlich ist gestattet, es ist dies ja ganz was anderes.

Die schönsten Strategen sind auch hier die „sozialistischen" Aerzte. Am Montag stand im „Vorwärts" eine Erklärung: Streikbrecher machen wir nicht. Mittwoch im Vorwärts Verschädigen in seiner sozialistischen Geschäftsstelle. Dann: Das Proletariat geht der Streik nur insofern etwas an, als es ihm Kampf ist zwischen zwei vom Proletariat schmarotzenden Teilen der Bourgeoisie: den Krankenkassen mit ihrem Trost von Bürokraten und den Aerzten.

Das Proletariat muß schon jetzt und in Zukunft in immer verschärfterem Maße auf ärztliche Hilfe verzichten, ohne Arzt oder zumindest ohne gründliche ärztliche Behandlung dahinsiechen und verkommen, muß wissen, daß ihm im Kapitalismus der ihm sein Grab gräbt, der ganze soziale Schwindel nur Pflasterchen auf die Wunden sind, die ihm jeden Tag geschlagen werden. Und darum gilt der Kampf dem kapitalistischen System überhaupt. Erst das siegreiche Proletariat wird die ärztliche Wissenschaft ebenso wie alle übrigen Kultureinrichtungen wirklich in den Dienst der Menschheit zu stellen vermögen, während die Bourgeoisie aus ihrem Profitinteresse heraus den Verfall aller wissenschaftlichen und kulturellen Institute nicht mehr aufzuhalten vermag. Alles im Rahmen der „Menschlichkeit".

Kein Winterschlaf

Was ist, Genossen? — Ist jetzt endlich die Zeit herangekommen, die „illegale", von der die alten Genossen, die noch die Zeit des Sozialistengesetzes kannten, und oft wie von der „guten, alten Zeit" erzählt haben? — Und, seid ihr nun von Euch, von Eurer Partei befriedigt? — Oder, Hand auf's Herz, ist nicht dem einen oder dem andern die Zeit wie tot, ist sie manchmal nicht romantisch und spannend? — Warum? — Weil sich viele Genossen von dem mit dem Wort „illegal" bezeichneten Zustand noch immer eine etwas nach Coopers Lederstrumpf und Nick Carter gefärbte Vorstellung machen. Und auch von den Aufgaben, die ihnen nunmehr zufallen können. Nein, die Arbeit der illegalen Periode fängt nicht damit an, daß die Partei nun dafür sorgt, daß jedes Mitglied nunmehr seine Handgranate in der Hosentasche und sein Maschinengewehr in der Küche hat! Für's erste so bedient die illegale Arbeit nichts als eine Fortsetzung aller alten Arbeiten. Und nur muß, gleichsamartig gesprochen, der Funktionärkörper sich wie eine aufgeloste Schützenkliche bewegen. Jeder Mann muß selbst wissen, wie lange er in der Deckung verharren muß — wann er sich preisgeben darf und wie er das Gelände am besten ausnützt. Und es ist notwendig, daß man sich auf die eigene Verantwortlichkeit besinnt, statt sich stets durch die Kollektivverantwortung der Partei zu decken! — Und außerdem: in dieser Zeit muß ihr wieder lernen, daß auch die sicherste Sache, sie ins Rollen, so belanglosen Dinge gekommt sein wollen. Wie einfach, einen Genossen auf der Straße anzusprechen! Und doch — wie schwierig anscheinend, seinen Mann so unauffällig zu stellen, daß der nebenhergehende Passant nicht merkt, daß hier zwei Genossen miteinander sprechen! Die Verbreitung der Zeitung? Wie uninteressant, scheinbar, die Funktion des Zeitungsobmanns! Und welche Bedeutung kann sie in dieser Zeit gewinnen — welche Kniffe und Finten sind nötig, um die rote Feldpost" jetzt immer pünktlich an den Mann zu bringen! — „Die rote Feldpost" heißt ein kleines Büchlein, das als Erzählung aus der Zeit des Sozialistengesetzes allerlei Schmuggelkniffe aus der Zeit erzählt, als noch jede Nummer der sozialdemokratischen Zeitung aus der Schweiz über die deutsche Grenze geschmuggelt werden mußte. Sie lesen sich amüsant, die Geschichten vom befreundeten Zöllner und von den Zeitungsbündeln in den Obstkörben — und heute oder morgen stehen wir vor der gleichen Frage: wie schmuggeln wir unser Gedankengut in die Arbeiterschaft? Und ausnützen müssen wir diese Zeit, sie ist eine Saatzeit für uns, denn eine Unterdrückung ist jetzt endlich in der Arbeiterschaft fest Fuß gefaßt. Die Ueberzeugung vom Bankrott des parlamentarischen Systems. Und die wirtschaftliche Lage trieb schon die meisten aus den Gewerkschaften. Jetzt müssen wir in jeder Weise dem Proletariat Wegweiser zu neuen Wegen sein. — Gewiß ist eine lange illegale Periode für die Durchschnittsmitglieder schlechthin ermüdend — — — gerade wenn sie nicht in kurzer Zeit in offenem revolutionären Kampf ausschlägt. Die erste Zeit der gespannten Aufmerksamkeit des noch frischen Geistes wird leicht ertragen — aber nicht die Zeit von 10—1 Uhr ist die Zeit der Ueberfälle; die kommen in die „Hundswache", um 3—4 Uhr morgens, wenn der Feind Hoffnung hat, daß die Aufmerksamkeit nachgelassen hat, daß Körper und Geist ermüdet sind. Das ist die Stunde der Ueberfälle.

Darum: nehmt die zeitnie Anordnen Kundgebung eines illegalen Zusammentreffens noch so genau wie die erste — findet Euch nicht in eine „Illegalitätsgemütlichkeit" hinein — so wenig wie ihr Euch durch den „Reiz der Neuheit" in der ersten Zeit der Illegalität zu einer Klüverschwörerromantik dürft ver-

Sanierungsversuche

In der deutschen Wirtschaft herrscht augenblicklich optimistische Stimmung. Das deutsche Kapital ruht sich von den nervenzerrüttenden, stündlich neue Dispositionen erfordernde Geldentwertungsperioden aus. Es hat sich schon soweit zu „Tode verdient", daß es letzt wirklich ans Verdienen denken muß. Die deutsche Wirtschaft hat den Versuch gemacht, ihre Werte auf Goldmarkbasis festzustellen und dabei die Erfahrung gemacht, daß ein großer Teil der Substanz verloren gegangen ist. Es hat auch mit dem Stillstand der Geldentwertung die enorme Hausse in Effekten aufgehört. Ein enormer Sturz, der bis zu einem Prozent des Geldwertes der einzelnen Aktien erfolgt ist, zeigt, daß das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft innerhalb des deutschen Kapitals nicht vorhanden ist. Die einzelnen Gesellschaften haben in den letzten Monaten mit einer erheblichen Unterbilanz gearbeitet. Es ist auch noch nicht abzusehen, wann ein rentables Arbeiten der Betriebe zu erwarten ist. Der augenblickliche Preisabbau reicht nicht im entferntesten aus, um die Konkurrenzfähigkeiten auf dem Weltmarkt herbeizuführen. Er ist nur eine Folge des Jonglierens mit den einzelnen Geldsorten: Papiermark, Rentenmark, Goldanleihe, Notgeld, Rheinische Goldmark, Hamburger Goldmark und Devisen. Die Kunststückchen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das deutsche Kapital in den Sanierungsversuchen noch nicht ein Atom vorwärts gekommen ist. Im Gegenteil, es besteht die erhebliche Gefahr, daß alle diese Kunststückchen gerade die Rentenmark stark gefährden und so von vornherein diese Zwischenlösung zum Scheitern bringen. Besonders die durch die Reichskanzlerkrise hervorgerufene Verzögerung in den finanziellen Maßnahmen zur Ausgleichung des Staatshaushaltes hat einen ganz erheblichen Teil des für die Sanierung vorgesehenen Rentenmarkbetrages verschlungen. Die Einnahmen betragen kaum ein Prozent der Ausgaben. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Aufsaugung der Papiermark erhebliche Summen erfordert hat. Die Reichsbank hat in den letzten fünf Tagen vor Einführung der Rentenmark vom 10. bis 15. November, nicht weniger als 128 Trillionen Papiermark gedruckt, so daß die schwebende Schuld am 15. November 191 Trillionen betrug. Der im Umlauf befindliche Papiermarkbetrag kam somit zirka 191 Millionen Rentenmark gleich. Durch die Einführung der Rentenmark ist eine weitere zusätzliche Kaufkraft geschaffen, da nicht die gesamte Papiermark in Rentenmark umgetauscht wurde. Auf diese Weise ist eine neue Inflation geschaffen worden. Der Markt beweist aus diesem Grunde eine erhebliche Geldfülle, auf die äußerlich durch eine Herabsetzung des Leihgeldes von 20 Prozent auf ½ Prozent zum Ausdruck kommt. Der durch die Devisenordnung geschaffene Einkeitskurs hat zu einer ungeheuren Einschränkung des Exports geführt. Die seit Wochen bestehenden Repartierungen auf 1 Prozent haben nur zu einen 250. Teil den Bedarf befriedigt. Wenn nicht auf der Geldfülle eine neue Entwertung der Papiermark oder der Rentenmark kommen soll, so muß für eine Aufsaugung der geschaffenen zusätzlichen Geldmengen gesorgt werden. Entweder muß für die volle Befriedigung der Devisennachfrage eine Möglichkeit geschaffen werden oder ganz erhebliche Steuern müssen aufgelegt und eingetrieben werden. Dies ist um so notwendiger, als noch die ungeheuren Mengen von Notgeldern die Inflation vergrößern. Die Verdrängung der Papiermark durch den französischen Franken in den besetzten Gebieten hat diese Bewegung noch verschärft. Dazu kam, daß auch das Ausland seinen deutschen Effektenbesitz abstieß. Aus all diesen Ursachen ist die Lage der deutschen Wirtschaft außerordentlich bedenklich.

Es ist kaum anzunehmen, daß die überflüssigen Geldmengen durch Abzahlen von Devisen aufgesogen werden. Man wird dagegen den Versuch machen, durch Ausschreibung von Steuern dies zu erreichen. Man hofft dadurch eine gewisse Verknackung herbeizuführen. Gleichzeitig soll auf allen Gebieten der Verwaltung eine erhebliche Herabsetzung der Ausgaben durch einen einschneidenden Beamtenabbau herbeigeführt werden. Anderseits werden sich die Ausgaben durch die zu zahlenden Erwerbslosenunterstützungen nicht unbeträchtlich erhöhen. Die Maßnahmen werden zu einer starken Erschütterung der gesamten Wirtschaft führen. Der Reichskanzler Marx hat deshalb auch die Beibehaltung des Ausnahmezustandes für erforderlich gehalten. Er beführchtet mit Recht, daß die scharfen Maßnahmen gegen die Arbeitnehmer nur unter Einsetzungen des ganzen militärischen Apparates durchgeführt werden könnten. Er hält aus diesem Grunde die militärische Mobilierung aufrecht. Es bleibt dem Proletariat nur der Strick zum Aufhängen oder der Kampf mit dem Militär. Das Kapital hofft, daß die Arbeiterschaft aus Furcht vor den blauen Bohnen den Strick wählen. Es will die letzt notwendige Auseinandersetzung im Innern nach seinem Wunsch dirigieren. Vor der Notwendigkeit einer einheitlich geschlossenen inneren Front schiebt es die eigenen Auseinandersetzungen hinaus. Die Erfahrungen mit dem bayerischen Putsch am 9. November haben ihm gezeigt, daß derartige Auseinandersetzungen sehr leicht zu einem völligen Chaos führen können, aus dem sich eine einheitliche proletarische Front entwickeln könnte.

Die größten Sorgen bereitet dem deutschen Kapital noch die Lösung der Reparationsfrage. Seit Beginn des Ruhrkampfes ist dieser ganze Komplex mehr in den Hintergrund gedrängt. Sie setzt aber jetzt wieder mit voller Kraft ein. Die Reparationskommission hat am 1. Dezember beschlossen, zwei Ausschüsse von alliierten und assoziierten Sachverständigen einzusetzen, von denen das eine die Mittel und Wege der Balanzierung des deutschen Staatshaushaltes sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung untersuchen, der andere sich mit der Ermittlung, Abschätzung und evtl. Zurückführung der aus Deutschland geflüchteten Kapitalisten befassen würde. Dieser Beschluß bedeutet ein vollkommenes Mißtrauensvotum gegenüber dem deutschen Kapital. Es soll unter Kuratell gestellt werden. Der Hauptzweck ist, ihm die Möglichkeit eines Ausweichens durch geschickte finanzielle Transaktionen zu nehmen. Außerdem will das internationale Kapital alle bisherigen Unterlassungssünden, durch die das deutsche Kapital sich seiner Leistungspflicht entzogen hat, wieder gutmachen. Das internationale Kapital will sich vor allen Dingen erst einen Ueberblick über die Grenzen, in denen das deutsche Kapital zu Leistungen herangezogen werden kann, verschaffen. Durch diesen Beschluß wird die Absicht des deutschen Kapitals vereitelt, auf Grund seiner augenblicklichen Leistungsfähigkeit durch eine Sachverständigenkommission seine Zahlungspflicht festlegen zu lassen. Das französische Kapital hat sich in vollem Umfange durchgesetzt. Die vom englischen und amerikanischen Kapital angeregte Sachverständigenkonferenz ist nicht zustande gekommen. Das französische Kapital hat sich auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen, immer wieder von neuem die rheinisch-westfälische Frage aufzurollen. Es braucht auch nicht aus dem Ruhrgebiet herauszugehen. Die Besetzung dieses Gebietes bedeutet aber auch die völlige Haltlosigkeit der Position des englischen Kapitals in dem von diesem besetzten Gebiet, insbesondere Köln. Die französische Eisenbahnregie reguliert auch den Verkehr mit Köln. Der Abschluß der deutschen Industrielen mit der Micum hat dem französischen Kapital vorweg den größten Anteil der Sachlieferungen für die nächsten Jahre gesichert. Es herrscht aus diesem Grunde auch eine erhebliche Mißstimmung in England. Der belgische Reparationsplan, dessen Annahme wohl ziemlich gesichert ist, läuft vollkommen in französischem Sinne. Er dreht sich im wesentlichen um zwei Forderungen.

1. Die Summen, die Deutschland jährlich aufzubringen hat, sollen in der Höhe fest umgrenzt sein; ihr Bezug soll dadurch gesichert werden, daß bestimmte Einnahmequellen, von denen ein Teil in der Form von Monopolen neu zu schaffen wäre, ausschließlich in den Dienst der Reparationen gestellt werden.

2. Die Kontrolle über das Aufkommen und die Verwaltung dieser Summen soll so wirksam und international anerkannt als möglich gestaltet werden. Die erste Hauptforderung soll die Aufnahme einer internationalen Anleihe zu Gunsten der Reparationsberechtigten Staaten ermöglichen. Die Anleihe soll durch Abtretung des Gewinns aus den Reichsbahnen, durch Schaffung von verpachteten Handelsmonopolen oder von Staatsmonopolen und durch Beteiligung an den Ueberschüssen der deutschen Privatwirtschaft herbeigeführt werden. Im Prinzip stimmt das deutsche Kapital mit den Forderungen überein. Streit herrscht nur über die Sicherungen. Sie will aus den Eisenwaren einen Betrag von 500 Millionen Goldmark und dem gleichen Betrag aus den Erträgnissen der deutschen Wirtschaft garantieren. Es wendet sich aber entschieden gegen Schaffung von Monopolen. Es verlangt aber vor allem ein Moratorium, damit es die Sanierung durchführen kann. Wenn auch das internationale Kapital wegen der Höhe der fest zu zahlenden Summe mit sich reden lassen wird, so dür

Genossen! Sendet Geld für den Pressefond!

Leiten lassen. Die Illegalität ist eigentlich nichts als der Zustand, für den ihr schon seit langem sollte organisatorisch und individuell eingestellt sein. Werdet nicht müde — denkt an die „Hundewache" und denkt vor allem daran, daß das Wort, das gedruckte Wort, der Träger des revolutionären Geistes oft noch gefährlicher für den Klassenfeind ist, als eine schlecht angebrachte Dynamitladung. Die kann recht harmlose Mauern stürzen — aber das Wort kann die Geister revolutionieren, kann in die chinesische Mauer hergebrachten Denkens Bresche schlagen. Darum geld alle Boten der „roten Feldpost" — schützt die illegale Presse — werbt für sie!

Aus den Wirtschaftsbezirken

Aus dem besetzten Gebiet

Den einzigen Widerstand, den das deutsch-französische Kapital bei der Liquidierung des Ruhrkrieges findet, ist ein machtloses Aufbäumen der großen Massen gegen das fast bis ins Unerträgliche gesteigerte Hungerdasein. Bei den dort so dicht zusammengeballten Massen kann die Polizei nicht immer sofort „Herr der Lage" werden, und öfter als einmal müssen die Ordnungshüter sich auf ihre flinken Beine verlassen, um ihr Leben zu retten, nachdem sie Tote und Verwundete zurücklassen. Doch bei dem fehlenden Zielbewußtsein nehmen die dort überall und spontan aufflackernden Hungerrevolten, die sich sehr oft zu regelrechten Schlachten mit der Polizei steigern, noch keinen ausgesprochen revolutionären Charakter an. Die Parole ist noch: Arbeit und Brot! Wer dieses verspricht und in der Vergangenheit noch nicht sich zu entlarven gezwungen war, hat die Massen vorderhand noch auf seiner Seite. Daß Gewerkschaften und KPD. jeden Kredit verloren haben, sich völlig in Auflösung befinden, ist leicht erklärlich. Sie haben ihre Ohnmacht während der letzten Monate nur zu deutlich demonstriert. Daß sie kein Brot, keine Arbeit geben können, ist zur Genüge und vor dem dümmsten Proletes erwiesen. Dazu kommt noch ihre schändliche, offen konterrevolutionäre Haltung in bezug auf Verlängerung der Arbeitszeit bei dem riesigen Arbeitslosenheer. Ein neuer Prophet mit neuen Zauberformeln muß deshalb erscheinen und Hilfe bringen. Brot und Arbeit! Und Frieden! Und Gleichheit, möglichst hoch. Und die Kapitalisten haben und drüben sind um solche Propheten nicht verlegen. Wenn auch die militärische Gewalt sich noch als stark genug erweist, alle Unruhen niederzuschlagen, so sind die Kapitalisten doch klug genug, möglichst durch andere „friedliche" Mittel den Explosionsstoff abzuleiten. Die „Rheinische Republik" ist die Hoffnung großer Massen enttäuschter und hungernder Proletarier. Es kommt gar nicht darauf an, ob die politische Notwendigkeit der Gründung der „Rheinischen Republik" vorliegt oder nicht. Man wird sie aufrichten, vielleicht als Rauchfang einer gärenden Ideologie. Oder aber auch als Instrument des deutschen Kapitals gegen die demokratische Republik und, deren Eingriffe in das Monopolrecht der an der Ruhr angehäuften Rohstoffe, mit deren Hilfe man sich die Abhängigkeit des demokratischen Staatsalles zu sichern wissen wird, wirtschaftlich und politisch. Oder beides. Auf alle Fälle ist dieses Gebilde nur Mittel zum Zweck und die vorgeschobenen Strohmänner bezahlte Strohe und korrumpierte Gauner. Die Verkünder von „Arbeit und Brot" werden verschwunden sein mit ihren Silberlingen, wenn ihre Rolle abgeladen ist, und tun gut daran. Wenn auch das Proletariat das Reich bis zur Neige leeren sollte: Einmal wird es alle Front klar erkennen und Abrechnung halten. Und zuerst mit denen, die in den entschiedenden Kurven und Wendungen in dem Versuch des Kapitals noch einmal über das Proletariat zu triumphieren, sich dessen Blutsaugern zur Verfügung stellten für dicke Zigarren und Wein und Weiber und für die gnädige Erlaubnis, ihren Größenwahn an billchen unter dem Schutz der deutsch-französischen Bajonette spazieren führen zu dürfen.

Uns liegen zwei Berichte über Separatistenversammlungen vor, die wir nachfolgend ohne Kommentar wiedergeben, von Ludwigshafen und Essen. Der letzte spricht in seinem Schlußakkord so viel Wahrheit und zynischen Hohn aus, daß der in diesen Versammlungen verzapfte Blödsinn schon dadurch so absurdum geführt wird, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Für die Geistesverfassung weiter Kreise von Proletariern im besetzten Gebiet als auch für die geradezu unglaubliche Korruption und Dummdreistigkeit der Verkünder der „blau-weiß-grünen Republik sind sie ein beredtes Zeugnis!"

Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 23. November. Das pfälzische Industriezentrum ist in den Händen der Regierung der autonomen Pfalz. Heute vormittag gegen 10 Uhr zogen die Truppen des Rheinlandschutzes in Ludwigshafen ein. Die grün-weiß-rote Flagge wurde vorangetragen. Drei Kompagnien bewegten sich zum Stadthaus Nord, welches gegen 11 Uhr ohne Widerstand besetzt wurde, nachdem vorher eine Gendarmeriestation besetzt worden war. Nach Hissung der neuen Flagge auf dem Stadthaus Nord zog man geschlossen zum Hauptpostamt, welches ebenfalls besetzt wurde. In der Steinstraße schloß sich dem Zuge des Rheinlandschutzes ein mehrere Tausend starker ordnungsmäßig aufgestellter Zug von Arbeitern und Erwerbslosen unter Führung des Arbeiterführers Gg. Kunz aus Ludwigshafen an. Vom Hauptpostamt zog man unter Führung des Oberkommandierenden des pfälzischen Rheinlandschutzes, Herrn Gg. May-Schifferstadt, zum Stadthaus Süd, welches auch besetzt wurde. Bei der Besetzung des Bezirksamtes Ludwigshafen gelang es, den Rest der ehemaligen pfälzischen bayerischen Regierung, welcher sich nach der Einnahme von Speyer nach Ludwigshafen zurückgezogen hatte, zu verhaften. Nach der Besetzung weiterer bedeutender Punkte fand auf dem Ludwigsplatze die offizielle Proklamation statt. Etwa 10 000 Menschen lauschten den ergreifenden (!!) Worten des Regierungsmitgliedes Bley: Die Flagge grün-weiß-rot, die Fahne der Rheinischen Republik flattert über Ludwigshafen. Dasjenige, was Tausende nicht für möglich gehalten hätten, ist Tatsache geworden. Die Besetzung konnte ohne den geringsten Widerstand erfolgen, kein Tropfen Blut wurde vergossen. Die Hissung unserer Flagge bedeutet Friede, Arbeit und Brot, wir wollen den wahren Völkerfrieden. Aus tausendfältigem Leid und Trug von Berliner Drahtziehern ist die jetzige allgemeine Not und das gräßliche Elend, in dem wir uns zur Zeit befinden, geboren. Aus dieser Not müssen wir heraus. Dazu ist die ehrliche Mitarbeit aller notwendig. Wir brechen mit der Berliner Politik; deutsch sind wir und deutsch bleiben wir, aber wir lehnen ein Deutschtum ab, welches das Recht mit Füßen tritt, wie dies durch Berlin geschieht. Wir hier am Rhein erkämpfen den wahren Frieden und streben die echte Völkerverständigung an. Wir appellieren an den Rat der Völker, denn das rheinische Volk will den Frieden, will im Zeichen des Friedens seine große Aufgabe als Mitglied der Völkergemeinschaft erfüllen. Drum lehnen wir ab, die Politik von Berlin und München, wir wollen mit den Ruhr, Ludendorff und Hitler nichts zu tun haben. Nach einem warmen Aufruf zur energischen Mitarbeit aller und der Versicherung, daß er seine ganzen Kräfte dem Volkswohl als Diener des Volkes zur Verfügung stellen würde, schloß Herr Bley, dessen Ausführungen oft von tosendem Beifall unterbrochen wurden, mit einem Hoch auf das rheinische Volk, auf die rheinische Freiheit, auf die Flagge grün-weiß-rot, welches begeistert aufgenommen wurde.

Danach ergriff der Arbeiterführer Gg. Kunz-Ludwigshafen das Wort. Er erklärte, daß er als Führer der Arbeiterschaft sich an alle Arbeiter der Kleinlande wende. Nicht ein Zwang hätte die Ludwigshafener Arbeitermassen zur Flagge grün-weiß-rot gebracht, sondern die klare Erkenntnis, daß mit der bisherigen Politik gebrochen werden müsse. Wir Arbeiter wollen wieder in unsere Betriebe, wir wollen arbeiten unter der Oelzweig des Friedens. Natürlich kann die Regierung der Rheinischen Republik nicht von heute auf morgen geordnete Verhältnisse und damit Arbeit und Brot schaffen, sondern nur in fortdauerndem Ringen ist dies allmählich zu erreichen. Und da wollen wir Arbeiter in die Bresche springen, wir stellen uns hinter die neue Regierung, wir arbeiten mit ihr Hand in Hand. Wir Arbeiter sprechen Herrn Heinz, Herrn Bley und den anderen Herren der Regierung unser volles Vertrauen aus."

(„Mainzer Anzeiger".)

Essen.

Auf Montagnachmittag 6 Uhr hatte der „Rheinische Unabhängigkeitsbund" eine öffentliche Volksversammlung in den Essener Saalbau einberufen. Schon viel früher begann der große Saal sich zu füllen.

Nach Eröffnung der Versammlung nahm der Sonderbündler Enskat das Wort und führte sich etwa so ein: In Essen sei das Gerücht verbreitet, die Sonderbündler wollten das Rathaus und die übrigen kommunalen Stellen besetzen. Es sei deshalb ein Sturm entstanden, ein Sturm im Wasserglase. Es liege der provisorischen Rheinlandregierung gar nicht ein, derartige Schritte zu unternehmen, wenn sie sich nicht auf die Masse des erwerbstätigen Proletariats, des notleidenden Mittelstandes und auf die Kopfarbeiter — Enskat nannte sich nachher ein „ganz kleines Licht", vulgo Kopfarbeiter — stützen könnte. Geschickt lenkte Enskat die Stimmung gegen die blaue Polizei („die preußischen Banditen"), die hungernden Proletariern Löcher in den Bauch schieße, während die sattsame Berliner Regierung keine Ahnung von den Entbehrungen der Ruhrbevölkerung habe und die Erwerbslosenunterstützung einstellen wolle. Die Unterstützung sei so erbärmlich, daß von ihr nicht einmal Brot und Margarine gekauft werden könne: Margarine koste 2 Billionen . . Rufe: „Mehr!" Enskat: „Na, ich weiß es nicht." Rufe: „Der ißt nur Butter!" — „Der Verwandlungskünstler, der ist schon alles gewesen." Enskat (mit großartiger Handbewegung): „Nur kein Neid!" —

Zuletzt erklärte er: „Die Rheinische Republik bestehe bereits und ließ eine Entschließung an die provisorische Regierung verlesen. Es wurden alle Forderungen der inspirierten Versammelten bewilligt. Die Beseitigung der blauen Polizei war die Hauptsache. Allerdings sollte es Lebensmittel gegen Kohlen erst dann geben, wenn die Reparationskosten erledigt seien. Sollten die Bolschewisten es wagen, gegen die Rheinlandrepublik zu marschieren, dann nimmt Enskat die Flinte auf den Buckel usw.

Mit gewaltiger Mehrheit erklärt sich die Versammlung für die Rheinische Republik und drängt überhaupt auf die Straße, um wenigstens den Anfang der Gründung an den „Blauen" zu probieren. — Unter den Bäumen der Hauptmallee, gegenüber vom Saalbau, stehen 50 Bissen, flankiert von 20 bis 30 Offizieren der Besatzung. Stutzen, Erstaunen, laute Ausrufe der Verwunderung. Pfiffe — und ziemlich lautlosen Verschwinden, um zu Hause zu träumen von dem Schlaraffenland der blau-weiß-grünen Republik."

(„Essener Allgem. Ztg.")

Ausland

Rumänien

Wenn umwälzbar nach dem Kriege eine Zeitlang das Wirtschaftsleben Rumäniens aufflackerte, so wurde es aber recht bald wieder von einer neuen Krise erstickt. Die wachsenden Staatsschulden und der niedrige Stand des Lei übten einen zerstörenden Einfluß auf die allgemeine Konjunktur aus. Die Lebensmittelpreise stiegen sprunghaft, neue Einkommensteuern, Erhöhung der indirekten Steuern um 100 Prozent und mehr, Verteuerung des Naphtas auf dem Innenmarkt riefen eine fortgesetzte Erhöhung der Preise sämtlicher Bedarfsartikel hervor. In Regierungskreisen erheben sich neuerdings Stimmen, die die Einkünfte aus dem Salzmonopol als zu niedrig bezeichnen. Man empfiehlt Verpachtung der staatlichen Salzbergwerke, und der Salzpreis wird dann anziehen. Die Rechtsparteien bestehen auf Wiederherstellung des freien Handels und Aufhebung des Wuchergesetzes. Die Regierung verspricht eine Milderung. Die Naphtaindustrie, die vor dem Kriege mit der russischen konkurrierte und nach dem Kriege scheinbar festen Fuß im Osten gefaßt hatte, stieß unerwartet auf einen ernsten Widersacher, auf die „Englisch-Persische Petroleumgesellschaft". Die rumänischen Naphtaindustriellen hoffen jedoch, durch billigen Export und Erhöhung der Preise auf dem Innenmarkt einen Ausgleich herzustellen.

Rumänien hat noch nicht alle alten Schulden abgetragen, schreitet aber zur Aufnahme neuer Anleihen. Die Regierung schuldet Amerika 38 Millionen Dollar. Da die fälligen Zinsen nicht aufgebracht werden konnten, wurde eine besondere Kommission nach Amerika entsandt, die wegen Verlängerung der Rückzahlungsfrist vorstellig werden sollte, aber ohne Erfolg zurückkehrte. — Die Banknotenausgabe der rumänischen Nationalbank hatte im August über 150 481 Lei erreicht. Es fehlt trotzdem an flüssigen Geldmitteln. Der Staat ist zum Schuldner der Industrie geworden.

In dem Bestreben, ihre Finanzen zu ordnen, hat die Regierung die Einziehung der Einkommensteuer durch Lohnabzug eingeführt.

Genossen!
denkt an die
politischen Gefangenen!

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Kinder, die in bitterster Not sind. Noch können wir nur mit Geld helfen. Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen. Helft uns Not und Elend lindern!

Sammelt!

Das Unternehmertum befindet sich gegenüber der Arbeiterschaft unvermindert in der Offensivstellung. Die Streiks flackern allerorten auf, Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Säuberung der Betriebe von unliebsamen Elementen usw. sind an der Tagesordnung. In der Kartonagenfabrik „Topola" in Bukarest arbeiten zehnjährige Kinder. Die Abteilungsleiter vergewaltigen die jungen Mädchen. Der Terror der Unternehmer wütet überall. Die Gewerkschaften gehen mit den Unternehmern durch dick und dünn. 10 Prozent der Arbeiter sind überhaupt nur organisiert, die allgemeine Apathie hat Platz gegriffen. Die Verfolgung von Kommunisten hält an. Massenverhaftungen sind die Regel. Der terroristische Druck auf das Proletariat Rumäniens kommt von zwei Seiten und zwar von den Sozialdemokraten und von der Regierung. Am schlimmsten lastet der Druck in Beßarabien. Die kommunistische Zeitung „Sozialismul" schrieb über den Terror in den dortigen Salzbergwerken: „Die Regierung ist bestrebt, die augenblickliche Schwäche des Proletariats zu einem Rachezug gegen die Vorkämpfer der Arbeiterklasse auszunutzen. Wenn die Proletarier in den andern Ländern von dem barbarischen Vorgehen der rumänischen Behörden Kenntnis erhalten, und dementsprechend auf die Blutbäder der bolanischen Oligarchie reagieren würden, könnten sie dem um seine Existenz und Freiheit schwer ringenden Proletariat Rumäniens wirksam zur Hilfe kommen."

Schwer schikaniert wird die Jugendbewegung. Die Sozialdemokraten leisten der Regierung Denunziantendienste, die Presse der Jugend ist am Erscheinen verhindert. Doch liegt in der Jugend der rumänischen Proletarier der wirklich revolutionäre Kern, auf dem die größte Hoffnung zu setzen ist.

Spanien

Für den Kapitalismus bedeuteten die letzten Jahre seit 1920. Jahre von Krisen. Die die ganze Welt in ihren Grundfesten erschütternden wirtschaftlichen Nachwirkungen der Nachkriegszeit verschonten auch Spanien nicht, insbesondere Katalonien, wo die Industrie hauptsächlich vertreten ist. Der Kreditmangel erreichte ein drohendes Ausmaß. Ausländische Waren überschwemmten den Markt, keine Zollbarriere war imstande, diese Flut aufzuhalten. Der Industrie in Katalonien drohte der Zusammenbruch, sie suchte Schutz bei der Regierung. Um aber ihre Ellenbogenfreiheit wieder zu erlangen, mußte sie die Arbeiter zur Ader lassen, ihre Bewegung schwächen. Ein systematischer Terror gegen die Arbeiterklasse setzte ein. An die Spitze dieser Bewegung stellte sich der Gouverneur Barcelonas, der General Martinez Anido und der Polizeipräsident derselben Stadt, Arlegui. Vorher war aber der Vorgänger Martinez Anidos, Bass, der dem Syndikalismus gegenüber eine Politik des „friedlichen Nebeneinanderlebens" geübt und kategorisch die von den Kapitalisten vorgeschlagenen terroristischen Maßnahmen abgelehnt hatte, seines Amtes enthoben worden.

Nach der Amtsenthebung Bass begann eine Periode der fürchterlichsten Verfolgungen der Arbeiterschaft, die eine vor wenigen Monaten ihr Ende gefunden. Die Arbeiterorganisationen wurden gewaltsam liquidiert, die besten Genossen fielen unter den Dolchmessern und Kugeln der weißen Mordgesellen. Die Täter verübten ihr Werk am hellen Tage. Sie gehörten stets der „freien Vereinigung" ((Polizeiorganisation) an. Zum größten Teil wurden die Verhafteten auf der „Flucht erschossen". Diese terroristische Taktik wurde solange innegehalten, bis eine teilweise Wiedererstarkung des Kredits und die Veröffentlichung neuer Schutzzollbestimmungen die Lage des Kapitals gefestigt hatten.

Das verflossene Halbjahr hat aber trotzdem die großen Hoffnungen der Kapitalisten getäuscht. Trotz der erhöhten Zölle überschwemmten nach wie vor die ausländischen Waren den inländischen Markt. Die spanische Industrie, technisch zurückgeblieben, kann nicht mit den Ländern konkurrieren, die neben einer hochentwickelten Industrie auch eine sinkende Valuta aufweisen. Demnach wollen die Industriellen Spaniens die Lage retten. Die Zölle sollen erhöht und vor allem die Löhne werden herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert, um auf diesem Wege die Produktion zu verbilligen.

Die Arbeiterklasse, die inzwischen ihre Organisationen reorganisiert hat, ist ein ernstes Hindernis für die von der Bourgeoisie in Aussicht genommenen Maßnahmen. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird der weiße Terror in Spanien eine neue Auflage erleben. Der Kapitalismus gedenkt seinen ersten Angriff gegen die Löhne und den Achtstundentag zu richten und wird, um sehr Ziel zu erreichen, vor nichts zurückschrecken. Am spanischen Proletariat wird es liegen, wie es dem raubgierigen Kapitalismus antworten wird.

Wie steht es nun mit dem Faszismus in Spanien? — Die Staatsmaschine arbeitet unregelmäßig. Die wirklichen Herren des Lages, die Militärkaste und die Geistlichkeit, verbergen sich im Hintergrunde. Der König ist de facto absoluter Herrscher, denn das Parlament ist wie gewöhnlich eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Wenn in Spanien eine starke kommunistische Bewegung bestehen würde, so wäre die Situation wesentlich anders. Da dies aber nicht der Fall ist, so kann auch mit einer starken Ausbreitung des Faszismus gerechnet werden.

Die Grundelemente des Faszismus sind bereits vorhanden. Es sind dies die „freie Vereinigung", welche von der Bourgeoisie organisierte Banden, die Bourgeoisie selbst, die in Katalonien bewaffnet ist, ferner die „Accion Ciudana", eine der „Ligue civique" in Frankreich ähnliche Organisation, Jugendgruppen des äußersten rechten Flügels, die sich durch eine besondere Grausamkeit auszeichnen und an den zahlreichen Attentaten der „freien Vereinigung" aktiv teilgenommen haben sowie die geheimen Militärorganisationen, die mit der Regierung und der Politik des Königs äußerst unzufrieden und jederzeit bereit sind, Verbrechen an der Arbeiterklasse zu begehen.

Die ersten Versuche, eine faszistische Partei zu gründen, sind bereits getan. In Barcelona ist unter dem Titel „La Traza" eine Vereinigung gegründet, deren Mitglieder, die Faszisten, zweifellos die Methoden der italienischen Faszisten nach Spanien verpflanzen werden. Das Tragische in der entstandenen Lage besteht darin, daß in dieser für die Arbeiterklasse Spaniens so kritischen Zeit keine Organisation besteht, die für den revolutionären Klassenkampf in Frage kommt. Die Sozialdemokraten sind wie überall nur eine bürgerliche Partei. Andererseits sind die Anarchosyndikalisten vom richtigen Wege abgekommen, sie appellieren an die „Einsicht der Bürger" an ihre „Solidarität", an ihre „Güte". Selbstverständlich finden derartige Losungen auf Mörder, die täglich die besten der revolutionären Proletarier ins Jenseits befördern, gar keinen Eindruck aus. Bedeutung hat nur die Tätigkeit in der anarchosyndikalistischen Presse aufgestellte Forderung, die weißen Bürgerbanden zu entwaffnen. Dazu gehören allerdings energische Handlungen und keine hochtönenden Phrasen.

Wenn sich innerhalb der spanischen Arbeiterschaft nichts ändert, so wird sie unweigerlich eine Niederlage erleiden und der Faszismus wird seinen Sieg erringen. Ansätze von Gruppen die den revolutionären Klassenkampf propagieren, sind vorhanden. Für sie erwächst jetzt eine Riesenaufgabe.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: W. Isedonat, Berlin.

Preis 0,15 Goldmark

Preis 0,15 Goldmark

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Jahrg. 3 | Dezember 1923 | Nr. 12

Die Regierung stellt die Zahlungen ein!

Einstellung der Gehaltszahlung an die Beamten

„Das Reichsschatzamt mußte sich angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte für die zweite Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am Freitag, den 21. Dezember, auszuzahlen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anordnung trotz der ihr bekannten Notlage der Beamten- und Angestelltenschaft gezwungen, da die Mittel zu einer rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Anstrengungen nicht herbeigeschafft werden konnten."

Einstellung der Erwerbslosen-Unterstützung durch das Reich

„Nach den gesetzlichen Vorschriften sind die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, soweit sie nicht von den wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, zur Hälfte aus Reichsmitteln zu tragen. Abweichend davon sind bisher die unentbehrlichen Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge und Lohnzahlung in besetzten Gebiet während der Dauer der Ruhrhilfe verursacht haben, allein vom Reich getragen worden. Da jetzt die Reichsregierung mit den von der Rentenbank zur Verfügung gestellten Krediten unter allen Umständen auskommen muß, kann das Reich in Zukunft nur noch den gesetzlichen Reichsanteil an den Lasten der Erwerbslosenfürsorge aufbringen. Das ist die Hälfte der Aufwendungen. Der Rest muß von jetzt ab wieder von den Ländern und Gemeinden getragen werden; die Länder und Gemeinden sich mit den Notleidenden in ihrem Bereich ebenso eng verbunden fühlen wie das Reich, kann erwartet werden, daß sie den bestimmungsgemäßen Anteil an den Unterstützungen aufbringen werden."

Abbau

Berlin, 13. Dezember 1923.

Lange Zeit war der Wiederaufbau das große Schlagwort. Jetzt ist man ehrlicher geworden. Nachdem man gesehen hat, daß die dummen Proleten doch nichts merken, spricht man offen vom Abbau. Die Beamten werden abgebaut und ihre Gehälter dazu. Die Preise werden „abgebaut" — allen voran der Preis der Ware Arbeitskraft wird abgebaut. Die Erwerbslosenunterstützungen werden abgebaut; die ganze Sozialpolitik wird abgebaut, nebst Krankenkassen, Aerzten und aller Gesundheitspflege. Die Republik und die Demokratie wird abgebaut, und vom Parlamentarismus bleibt schon überhaupt kein Stein mehr auf dem andern. Tarife, Achtstundentag, Löhne — alles, alles ist der Spitzhacke der Abbrucharbeiter verfallen. Es kracht nur so, und der Staub wirbelt auf allen Straßen.

Zwischen all der Demolierung spaziert das Volk herum und lauscht über die „gesenkten" Preise; es sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht, und hat nur den einen Gedanken: „Jetzt muß sich alles, alles wenden."

Es wird sich freilich wenden. Die roten Preise, die allgemein für beginnende Gesundung gehalten werden, fangen schon an, ihren wahren Charakter zu enthüllen. Das Reich bekennt, daß es keinen Heller mehr im Beutel hat. Die vom Reichskanzler Marx inspirierte „Zentrumskorrespondenz" hat erklärt, man werde sich mit einem lauten Hilferuf an den Völkerbund oder an die sonstige internationale Oeffentlichkeit wenden müssen. Denn die Rentenmark kann man der Papiermark nicht in den Entwertungsabgrund nachschicken, weil die Landwirtschaft das nicht duldet, und anderswoher bekommt man kein Geld. Um die Lage zu charakterisieren — schreibt die „DAZ." — genügt die Feststellung: „Das Reich hat bei dem Uebergangsetat, der aufgestellt wurde, die Rentenmarkkredite eingesetzt zur Bestreitung von Ausgaben, die fällig werden während der Zeit vom 15. November 1923 bis zum 31. März 1924. Tatsächlich sind die Rentenmarkkredite bereits jetzt nahezu erschöpft. Ein absolut sicheres Zeichen dafür, daß von Anpassung der Ausgaben an die zu erwartenden Einnahmen bisher nicht die Rede gewesen ist. Für die Oeffentlichkeit ist überhaupt die gesamte Finanzgebarung des Reiches ein Buch mit sieben Siegeln gewesen."

Die Offenbeit und die mit Stirnrunzeln begleiteten Drelungen, die in diesen Zeilen stecken, bringt den „Vorwärts" so aus dem Häuschen, daß er in seiner Nervosität sich immer mehr in seiner natürlichen Verfassung zeigt, und bar aller Selbstdisziplin den Angstschrei ausstößt, „daß gleichzeitig mit der Verzögerung der Gehaltszahlung durch die Kürzung der künftigen Gehälter eine Unsicherheit und eine Sorge um die nackte Existenz bei den Beamten eingerissen ist, die diese bisher nicht kannten. Der Trost, daß man auf weitere Steuereingänge in Bälde hofft, ist sehr gering."

Was dann?

Nun dann wird eben — weiter abgebaut!

Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit, mit der das Kapital seinen Weg geht, ist — man mag darüber vielleicht ob der „Rohheit" unserer Sprache erschrecken — in dem großen Sumpf und Morast in einer Welt von sozialdemokratischer Heuchelei und parlamentarischem Blödsinn die einzig konsequente und gradlinige Handlung einer Klasse, die wenigstens weiß, was sie will. Die allen anderen ihren Willen aufzwingt und mögen der Schreier noch so viele sein. Die immer neue „Tatsachen" schafft, auf die sich alle Parlamentarier wohl oder übel stellen müssen. Das Kapital wird mit seinen eisernen Stiefeln alles nieder, was sich ihm in den Weg stellt. Es schreckt nicht davor zurück — und kann natürlich auch nicht davor zurückschrecken — Millionen von Proletariern auf die Straße zu setzen. Sie zum Hungertod zu verdammen. Ihre Organisationen zu verbieten. Die „Unsicherheit" in die Arbeitermassen hineinzutragen. Die Demokratie absurdum zu führen. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften den Schleifpriegel und Gummiknüppel in die Hand zu drücken, damit dieselben um ihrer eigenen Existenz willen die in „Unsicherheit" geratenen Proletarier niederschlagen und sich so immer mehr entlarven. Dem Proletariat endlich begreiflich macht, daß es genau so vorgehen, genau so rücksichtslos, so brutal und seinen Klassengegner niederwerfen muß mit samt denen, die der Regierung die Vollmacht dazu gaben und nachdem in die Ferien gingen, ihre bodenlose erbärmliche Feigheit mit der Erklärung demonstriert: Wir halten dies alles für notwendig — lehnen aber die Verantwortung dafür ab.

Alle Dinge haben eben ihre Logik — auch wenn die Menschen sie nicht haben. Die Betriebe werden — wenigstens in Berlin und insofern sie noch arbeiten — während der Feiertage zwei bis drei Wochen geschlossen, um dem Rest, der noch das „Glück" hat zu arbeiten, in eine Verfassung zu bringen, daß es nach der Wiedereröffnung alles unterschreibt, was ihm vorgelegt wird.

Die Einstellung der Erwerbslosenunterstützung — denn die Kommunen sind eben so bankrott wie die demokratische Republik und werden ihr Teil ebenfalls bald kündigen — erzeugt ein weiteres Gewicht gegenüber den noch Arbeitenden: Ein Heer von Verzweifelten, die sich um die Arbeitsplätze schlagen sollen, um so den Rest von Zwangswirtschaft in bezug auf den Verkauf der Ware Arbeitskraft durch die Nachfrage zu durchbrechen.

Der Finanzbankrott der Post und Eisenbahn rollt das alte Problem der Privatisierung wieder auf, die Bankrotteure suchen Gläubiger und — die Industrie stellt ihre alten Bedingungen.

Die Landwirtschaft als Besitzer der Rentenbank verweigert weitere Kredite und zwingt dem Gläubiger selbst seinen Willen auf. Eins bedingt das andere. Die „Sanierung der Finanzen" ist in Wirklichkeit weiter nichts, als der Versuch der systematischen Ausrottung all jener Massen, die durch den Zusammenbruch der Wirtschaft überflüssig geworden sind. Das geht eben nicht ohne Säbel, ohne Blei und Blut. Und deswegen muß der Belagerungszustand bleiben.

Dazwischen, zwischen einem sterbenden Volk wirtschaften die Profithyänen. Jede für sich. Um die Produktion für die noch konsumfähigen zu „verbilligen", um den Profit zu steigern, bleibt kein anderes Mittel, als die Unkosten zu verringern, die Ausbeutung des einzelnen zu steigern, den Rest von Kaufkraft dadurch wiederum herabzudrücken. Damit niemand etwas merken soll: die Löhne um weitere 100 pCt., die Preise um 20 pCt. „abzubauen". Eine ungeheure Inflation von rückwärts her, verheerender und brutaler wie nie zuvor.

Während immer noch — immer noch! — unbelehrbare Narren oder gemeingefährliche Betrüger von „Reichseinheit" schwätzen, von Verfassung und Demokratie, hat in Deutschland fast jede Firma ihre Notenpresse, jede Kapitalsgruppe ihren Staat für sich. Jedes Land seine „Verfassung". Jagt alles nur dem Profit nach und trampelt ein Heer von Bonzen auf dem gesamten Proletariat herum — und entrüstet sich über die Schreie sterbender Kinder.

Wie lange noch? Wer weiß es! Nur soviel ist sicher: So lange nicht der herkulische Wille der Massen selbst sich dagegen aufbäumt, solange nicht der große Riese Proletariat sich aufrichtet und — ohne mit einer Wimper zu zucken — seine übrigen Totengräber in das ihm zugedachte Grab wirft, so lange wird das große Massensterben währen und sich fortgesetzt steigern zu Dimensionen, für die uns vorderhand noch alle Begriffe fehlen.

Und erst dann, wenn die Fäuste der verzweifelten Massen kühn und entschlossen den falschen Propheten und nüchternen kapitalistischen Geschäftsleuten an die Gurgel fassen, wird der Tag der Erlösung kommen.

Und er wird kommen, vielleicht sehr bald. Daß die Abrechnung gründlich vollzogen und präzise ausfällt: Dafür wollen wir arbeiten.

Deutschland — ein Weihnachtsmärchen

Deutschlands Gesicht hat sich in den letzten Tagen merkwürdig verändert. Alle Sorgenfalten und Alltagswurzeln sind verschwunden, es herrscht überall eitel Freude und Zuversicht, das ewige Gegreine und Geklage ist verstummt. Kein Mensch spricht mehr vom Dollar, die Preise fallen, das wertbeständige Geld gibt einem das Gefühl behaglicher Sicherheit, außerdem winkt (zum 250. Male) eine amerikanische Anleihe; der Geldmarkt ist flüssig (große Beträge sind selbst mit ½ pCt. tägl. Zinsen kaum unterzubringen), das Weihnachtsgeschäft in allen Luxusartikeln und feineren Delikatessen ist lebhaft, einem Kanzler haben wir auch endlich, der bis auf den ominösen Namen ganz brauchbar sein soll, kurz, es ist eine Lust zu leben! Na, es wird schon alles werden! Immer mit die Ruhe . . ." hört man den Mann auf der Straße sagen. Der Belagerungszustand stört ihn weiter nicht. Was ist geschehen? Eine momentane Entspannung ist nicht zu verkennen. Ist sie die natürliche Reaktion auf den Taumel der letzten Monate, geht sie wieder vorbei oder ist sie der Anfang einer „Gesundung" des „Wiederaufbaues"?

Ein Blick auf die Währungspolitik, das Paradepferd aller bürgerlichen Finanzdilettanten. Sehen wir in Augenblick ab von dem Unsinn, eine völlig zerrüttete Wirtschaft durch eine ihrer Funktionen, die Tuberkulose durch Hustenbonbons, heilen zu wollen, so hätte man immerhin erwarten können, daß das deutsche Kapital seinen Vorteil aus der Währungsreform gezogen hätte. Die Reichsregierung resp. die Reichsbank hat es stattdessen für richtiger gehalten, das erste wertbeständige Zahlungsmittel, die Goldanleihe, fast restlos der berufsmäßigen Börsenspekulation in den Rachen zu werfen. Dies übrigens nur als Zeichen, daß die Regierung noch nicht einmal im kapitalistischen Sinne zu wirtschaften versteht. Dann kam der Rentenmarktkredit in Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark, mit dem die Regierung bis zur Ausbalanierung des Staatshaushaltes auskommen und außerdem das gesamte Papiergeld aufsaugen sollte. Der Kredit ist verbraucht, das Papiergeld ist nicht aufgesogen, aber der Staatshaushalt befindet sich in einer noch wüsteren Unordnung als vorher. Im Augenblick, wo der gesamte Beamtenapparat „abgebaut" werden soll, wird eine generelle Aufbesserung aller Beamtengehälter durchgebracht. In der nächsten Woche werden die Staatskassen leer sein, sagt Dr. Luther. Was also? Goldsteuern und zwar so schnell als möglich. Was man bis heute von diesem Steuerprogramm kennt, läßt ahnen, daß der Ausdruck „Steuern" ein sehr unterschreibender ist, für das, was man vorhat; sollte es Wirklichkeit werden, so ist der Rest des deutschen Mittelstandes ruiniert. Die Abgaben sind so hart, daß der größte Teil der Steuerzahler, insbesondere die mittlere Industrie, sie aus der Substanz wird zahlen müssen. In sehr vielen Fällen wird es aber geradezu auf eine Konfiskation des Besitzes hinauslaufen. Die KPD. darf sich gratulieren (natürlich illegal): die „Heranziehung des Besitzes" in geradezu „die Erfassung der Sachwerte" wird Wirklichkeit. Marx heißt nicht bloß so, er ist auch so! Natürlich ist dieses Vorgehen der Regierung schneller